Nummer 7 | Stuttgart, 18. Februar 1911 | 29. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 480000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Durch den Einspruch der Regierung gegen die Zulassung von Aktien der Chicago-Milwaukee-Bahn zum Handel an der Berliner Börse sind in der Presse äußerst lebhafte Auseinandersetzungen hervorgerufen worden, bei denen es sich keineswegs nur um gegensätzliche Interessen einiger Kapitalistengruppen handelt. Eine Ueberlastung des deutschen Marktes mit ausländischen Anleihen und Aktien würde das gesamte Wirtschaftsleben schwer beeinträchtigen, deshalb muß sich auch die Arbeiterschaft mit den Vorgängen, die zu der erwähnten Regierungsmaßnahme führten, befassen. Alljährlich führen die Großbanken an den deutschen Börsen ausländische Wertpapiere im Nennbetrage von rund 750 Millionen Mark ein, durch die dem Lande fortwährend große Kapitalien entzogen werden, auch wenn nicht in jedem Jahre die ganzen Beträge der neu eingeführten Auslandspapiere von dem kapitalistischen Publikum aufgenommen werden. Bei den engen internationalen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern kann natürlich nicht daran gedacht werden, alle ausländischen Anleihen und Aktien von den deutschen Märkten fernzuhalten, eine derartige Absperrung würde aus mannigfachen Gründen für Deutschland wirtschaftlich auch durchaus unvorteilhaft sein. Eine andere Frage ist jedoch, ob den Großbanken, die es bei der Verfolgung ihrer Gewinninteressen an Rücksichtnahme auf öffentliche Interessen noch immer stark fehlen ließen, der deutsche Geldmarkt restlos ausgeliefert werden soll, oder ob es nicht angebracht ist, die Staatsgewalt dazu anzuhalten, einem Mißbrauch des Geldmarktes durch das Bankkapital nach Möglichkeit entgegenzutreten. Die Landesregierungen als Aufsichtsbehörden der Börsen haben heute unzweifelhaft das Recht, den offiziellen Börsenhandel von Anleihen und Aktien zu verhindern, wenn dadurch „erhebliche allgemeine Interessen geschädigt werden". Nun ist gerade in den letzten Monaten von den deutschen Großbanken die Einführung ausländischer Wertpapiere in einem übermäßigen Umfange betrieben worden, es flossen also große Kapitalien nach dem Auslande, obwohl die Kapitalansprüche des Inlandes, der Staaten, der Kommunalverwaltungen und nicht zuletzt der Industrie an sich schon hoch genug sind. Würde sich diese Geschäftstätigkeit der Banken ungehindert fortsetzen, so wäre eine Verschärfung der Geldverteuerung zu befürchten, die nicht im Augenblick eintreten müßte, aber sich dennoch mit Gewißheit vollzöge.

Den Anlaß zu dem Einspruch der Regierung gab der Plan einer Berliner Großbank, Aktien einer amerikanischen Eisenbahn an der Berliner Börse einzuführen, nachdem, wie bereits hervorgehoben, dem deutschen Markt vorher zahlreiche ausländische Anleihen und Aktien, darunter auch solche amerikanischer Bahnen, an den deutschen Markt gebracht worden waren. Die Stellungnahme der Regierung richtet sich weder gegen ein bestimmtes Wertpapier noch gegen eine einzelne Bank, sie folgte nur der Forderung von Blättern der verschiedensten politischen Richtungen, die Ueberschwemmung mit ausländischen Wertpapieren endlich einzudämmen. Wenn von den Agrariern zur Verfolgung besonderer Absichten im Reichstage die Interpellation eingebracht wurde, was der Reichskanzler zu tun gedenke, um eine übermäßige Kapitalausfuhr zu hindern, so darf man sich doch von der Börsenpresse nicht bluffen lassen, die den Eindruck erwecken will, als käme hier ein industrie- und handelsfeindlicher Anschlag in Frage. Gegen die Regierung selbst ist, was von den Konservativen geflissentlich übersehen wird, der Vorwurf zu erheben, daß sie gegen die Masseneinführung ausländischer Wertpapiere zu spät eingeschritten ist. Wir betonten bereits, daß eine Abschließung gegen alle ausländischen Papiere gar nicht in Erwägung gezogen werden könnte, beständen irgendwo derartige Absichten, so müßten sie, abgesehen von anderen Gründen, die dagegen sprechen, schon deshalb bekämpft werden, weil auch durch die gegenseitige Beteiligung des Kapitals an Unternehmungen in verschiedenen Ländern eine gewisse Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens geschaffen wird. Aber die stärksten Bedenken ergeben sich gegen eine wahllose Inanspruchnahme des deutschen Geldmarktes für ausländische Papiere. Zunächst muß grundsätzlich verlangt werden, daß an Börsen Anleihen und Aktien des Auslandes nur eingeführt werden dürfen, wenn Deutschland dafür entsprechende Gegenleistungen empfängt, oder sonst zwingende politische Gründe die Zulassung als zweckmäßig erscheinen lassen. So verfahren die meisten anderen Länder, die als Gegenleistungen Erteilung von Aufträgen an die Industrie, Gewährung von Konzessionen 2c. beanspruchen. Nur in Deutschland galten bis in die allerjüngste Zeit hinein solche Grundsätze nicht, hier entschieden die Großbanken ganz souverän, für sie kam dabei nur die Höhe des Profits in Betracht, die in der Tat gerade bei den bedenklichsten Auslandsgeschäften sehr verlockend ist. Vor allem hat die deutsche Industrie Veranlassung, sich gegen die Zuführung amerikanischer Werte zu wenden, denn dabei werden dem amerikanischen Trustkapital Kapitalien aus Deutschland zugeführt, die es zur Stärkung seiner Stellung auf dem Weltmarkt gegen die deutsche Konkurrenz verwendet. Dazu kommt, daß amerikanische Banken nie daran denken würden, für deutsche Unternehmungen, an denen sie nicht ein direktes Interesse haben, Gelder in Amerika zu beschaffen.

Wenn aber die Agrarier jetzt gegen die antinationalen Geschäftsgepflogenheiten der Banken mit zu Felde ziehen, so darf nicht vergessen werden, sie daran zu erinnern, daß sie sich desselben Systems mit großem Erfolge bedienen. Von den deutschen Agrariern wird deutsches Getreide dem Auslande bekanntlich durchschnittlich um fünfzig Mark für die Tonne billiger verkauft als dem deutschen Volke, die Differenz bezahlen die Agrarier jedoch nicht aus ihrer Tasche, sie beziehen sie aus der Reichskasse als Ausfuhrprämien in Gestalt von Einfuhrscheinen mit 50 M. für die Tonne Roggen und 55 M. für die Tonne Weizen. Hier tritt die Schädigung deutscher Volksinteressen noch widerwärtiger und unverfrorener auf. Die gleiche antinationale Politik wird von den Syndikaten der Großindustrie betrieben, die dem Auslande deutsche Materialien billiger liefern als der weiterverarbeitenden Industrie des Heimatlandes. Sehr bewegte Klagen führten gerade in den letzten Tagen darüber Vertreter der deutschen Schiffbauindustrie, die den zahlenmäßigen Nachweis dafür erbrachten, wie durch die deutschen Eisensyndikate die holländischen Schiffswerften auf Kosten der deutschen Gewerbe unterstützt werden.

Zu ihrer Verteidigung glaubten die Großbanken auf die Erleichterung des Geldmarktes hinweisen zu können. Nun hat die Reichsbank am 6. Februar den offiziellen Zinssatz von 5 auf 4½ Prozent herabgesetzt, zugleich aber warnte der Reichsbankpräsident vor einer Ueberschätzung der Geldflüssigkeit, die, wie er weiter ausführte, nur eine scheinbare ist, und durchaus noch nicht als gesichert gelten kann. Selbst wenn demnächst eine weitere Herabsetzung des Diskontsatzes auf 4 Prozent eintreten sollte, darf daraus nicht auf eine besonders günstige Entwicklung des Geldmarktes geschlossen werden, denn erfahrungsgemäß stellt sich nach den hohen Geldansprüchen zum Jahreswechsel in den ersten Monaten des Jahres stets eine Erleichterung ein. —

Daß die zahlreichen, auch an dieser Stelle verzeichneten Gerüchte von Fusionen in der Montanindustrie nicht unbegründet waren und sind, ergibt sich unter anderm aus der Bekanntgabe einer Ausdehnung des Geschäftskreises der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp, die sich einen maßgebenden Einfluß auch in der Westfälischen Drahtindustrie-Aktiengesellschaft in Hamm gesichert hat. Krupp übernimmt 6 Millionen Mark neu zu schaffender Vorzugsaktien der Westfälischen Drahtindustrie, die eine Vorzugsdividende von 4 Prozent erhalten sollen, ferner garantiert Krupp den Stammaktionären der Westfälischen Drahtindstrie eine Dividende von 5 Prozent, die mit der Dividende von Krupp bis zur Höhe von 7 Prozent gleichmäßig, darüber hinaus um die Hälfte der Dividende der Krupp-Gesellschaft steigt. Dieser Vertrag mit Krupp wird auf die Dauer von 30 Jahren vom 1. Juli 1911 an geschlossen und sieht eine Verlängerung auf weitere 10 Jahre vor. Während der Vertragsdauer ist Krupp jederzeit berechtigt, eine Verschmelzung der Werke in der Weise durchzuführen, daß die Aktiven und Passiven der Westfälischen Drahtindustrie für 18,6 Millionen Mark, das heißt mit 186 Prozent übernommen werden können. Dagegen ist die Westfälische Drahtindustrie nach Ablauf des Vertrages berechtigt, sich zu entscheiden, ob sie das Unternehmen allein fortführen oder es mit 160 Prozent an Krupp verkaufen will. Da die Westfälische Drahtindustrie-Aktiengesellschaft in den letzten Jahren durchschnittlich eine Dividende von 10 Prozent gezahlt hat, ist der Erwerb der Gesellschaft durch Krupp als außerordentlich billig zu bezeichnen, denn bei einer Dividende von 10 Prozent, wie sie Krupp für 1909/10 erklärte, würde für die Westfälische Drahtindustrie eine Dividende von 8½ Prozent zu zahlen sein. Wichtiger als diese Aktionärinteressen sind die Ursachen und Wirkungen der Interessengemeinschaft, die mit einer völligen Fusion identisch ist. Krupp ist der größte Halbzeuglieferant des Stahlwerkverbandes, während die Westfälische Drahtindustrie-Aktiengesellschaft zu den hauptsächlichsten Halbzeugabnehmern des Verbandes gehört. Krupp will sich durch die Angliederung der Westfälischen Drahtindustrie den Absatz des bisher noch nicht direkt verarbeiteten Halbzeugs sichern, ein Bestreben, das durch die Möglichkeit der Auflösung des Stahlwerkverbandes gefördert wird, anderseits macht sich bei Krupp auch das Verlangen geltend, bei einer etwaigen Erneuerung des Stahlwerkverbandes seine Stellung darin noch zu erhöhen. In jedem Falle rückt durch die Fusionstätigkeit die Entwicklung zum Trust und damit die Aussicht auf Auflösung der bestehenden Kartelle von neuem ein starkes Stück vor. Vorbehalten hat sich die Krupp-Gesellschaft bis Ende dieses Jahres die Entscheidung über eine Uebernahme der Rigaer Drahtwerke, die zum Besitz der Westfälischen Drahtindustrie-Aktiengesellschaft gehören. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die hinausgeschobene Entscheidung mit Projekten der Krupp-Gesellschaft zusammenhängt, in Rußland größere Fabrikniederlassungen zu errichten; es verlautete kürzlich, daß wegen des Erwerbs bestehender Anlagen in Südrußland durch Krupp Verhandlungen schweben.

Die günstige Situation der Metallmärkte ergibt sich auch aus dem Abschluß der Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, die eine Dividende von 21 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahr zur Verteilung bringt. Die Gesellschaft gehört nicht nur zu den größten Zinkproduzenten Deutschlands, auch ihre Produktion an Blei ist recht bedeutend. — Eine stürmische Hausse hat sich auf dem Zinnmarkte entwickelt, der Preis zog zeitweise bis über 200 Pfund Sterling (1 Pfund gleich 20,40 M.) an. Nur im Jahre 1906 war seit 40 Jahren ein noch nennenswert höherer Preis zu verzeichnen, damals notierte Zinn 215 Pfund für die Tonne. Eine derartige Preisbewegung kann nur durch das Eingreifen einer starken Spekulation verursacht werden, die sich darauf stützen soll, daß der Weltverbrauch an Zinn erheblich gestiegen ist, während die Produktion keine Erhöhung, eher noch eine Verminderung erfahren haben soll.

Erneute Steigerungen sind auch für Platin zu verzeichnen. Während der Preis für das Kilogramm Platin sich Mitte 1908 auf 3400 Francs stellte, beträgt er jetzt 2650 Francs. Der Höchststand war Ende 1906 mit 5700 Francs erreicht, bald nachher brach die Platinhausse zusammen. Anfang 1909 setzte von neuem eine Steigerung ein, es war durch ein französisches Konsortium eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die die Ausbeutung der meisten Platingruben Rußlands, das den Hauptanteil an der Platinproduktion hat, übernahm. Zur Zeit des Preisrückganges war von dem interessierten Kapital ein staatliches Handelsmonopol für Platin gefordert worden, das die russische Regierung ablehnte, sie hat jetzt jedoch der Duma eine Vorlage unterbreitet, die ein Ausfuhrverbot für Rohplatin vorsieht. Der Zweck dieses Gesetzes läuft offensichtlich darauf hinaus, durch die Erzwingung der Verarbeitung der Platinerze in Rußland der erwähnten Aktiengesellschaft, die die Kontrolle über die Mehrzahl der Platingruben ausübt, die Herbeiführung eines gesicherten Monopols zu ermöglichen.

Nach Meldungen der Handelspresse sollen die Nordseewerke, Emder Werft und Dock-Aktiengesellschaft, wieder in Betrieb gesetzt werden. Im November 1909 geriet das Werk in Konkurs, nachdem vorher alle möglichen Sanierungsversuche gemacht worden waren. Im Zwangsversteigerungstermin wurden die Haupthypothekengläubiger, Stadt Emden, Barmer Bankverein und Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft, Eigentümer, um eine Zerstückelung der Werft zu verhindern. Ein Verkauf ist inzwischen nicht gelungen, nur das Schwimmdock konnte vermietet werden. Um dem Unternehmen wieder etwas Beschäftigung zu geben, beabsichtigt man jetzt, wie das Berliner Tageblatt am 28. Januar berichtete, Kanalleichter auf eigene Rechnung zu bauen, wozu vorläufig nur geringe Betriebskapitalien gehören. Die Werftkommission hat sich zu diesem Vorgehen deshalb entschlossen, weil die Nachfrage nach Kanalschiffen noch immer groß sei. — Der Bremer Vulkan, Schiffsbau- und Maschinenfabrik, wird nach Abschreibungen, die von der Verwaltung als reichlich bezeichnet werden, eine Dividende von 7½ Prozent verteilen. In den beiden letzten Jahren kam eine Dividende nicht zur Verteilung. Der Generalversammlung wird eine Erhöhung des Kapitals, das zurzeit 7,5 Millionen Mark beträgt, vorgeschlagen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former u. Gießereiarbeiter Deutschlands.

(Schluß.)

Die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen, die Arbeitszeit zu verkürzen und so zu regeln, daß dem Arbeiter mehr Ruhe und Erholung zukommt, sind in den letzten Jahren mehr und mehr von Erfolg gekrönt worden. Auch unser Verband kann nach dieser Richtung hin auf eine recht ersprießliche Arbeit zurückblicken, und es sind nicht zuletzt die Former und Gießereiarbeiter, die von dem Wirken der Organisation nach dieser Richtung hin profitiert haben.

Wie sich die Arbeitszeit in den Gießereien nach den Erhebungen gestaltet, zeigt folgende Zusammenstellung. Die tägliche Arbeitszeit beträgt:

8	Stdn. in	24*	Betrieb.	=	1,66	Proz. mit	545	Arbeit.	=	0,69	Proz.
8½	=	17	=	=	1,17	=	805	=	=	1,01	=
9	=	137	=	=	9,47	=	7205	=	=	9,08	=
9½	=	314	=	=	21,70	=	16586	=	=	20,89	=
10	=	861	=	=	59,50	=	50268	=	=	63,33	=
10½	=	47	=	=	3,25	=	1757	=	=	2,21	=
11	=	47	=	=	3,25	=	2219	=	=	2,79	=

* Von 6 Betrieben mit 93 Beschäftigten sind keine Angaben gemacht.

In der übergroßen Mehrzahl der Betriebe mit der Mehrzahl der Gießereiarbeiter ist die Arbeitszeit eine zehnstündige, unter 10 Stunden wird gearbeitet in 492 Betrieben = 31,0 Prozent mit 25 139 Arbeitern = 31,7 Prozent. Mehr als 10 Stunden wird gearbeitet in 94 Betrieben = 6,5 Prozent mit 3976 Arbeitern = 5 Prozent. Die Zahl der Betriebe und Arbeiter mit mehr als zehnstündiger Arbeitszeit ist gering und es sind vor allem die Gegenden, in denen die Organisation noch schwach ist oder gar keinen Fuß gefaßt hat. Je mehr die Organisation in diesen Gegenden und Betrieben vordringt, wird auch dort der zehnstündige Arbeitstag seinen Eingang halten als Vorläufer zu einer noch kürzeren Arbeitszeit.

Ein Vergleich zwischen der Erhebung vom Jahre 1903 und der neuesten ergibt, daß sich die Verhältnisse wesentlich zum Besseren geändert haben. Im Jahre 1903 wurden nur in 12,2 Prozent der Betriebe 8,8 Prozent der Beschäftigten weniger als 10 Stunden täglich beschäftigt. Nach der jetzigen Enquete haben 34 Prozent der Betriebe und 31,7 Prozent der erfaßten Arbeiter eine Arbeitszeit von weniger als 10 Stunden. Mehr als 10 Stunden täglich waren im Jahre 1903 rund 24 Prozent der Betriebe und 20,1 Prozent der Arbeiter tätig; nach der vorliegenden Erhebung nur 6,5 Prozent der Betriebe und 5 Prozent der Beschäftigten.

Von der Schädlichkeit der Ueberzeitarbeit scheinen die Gießereiarbeiter noch nicht voll überzeugt zu sein, denn die darauf bezüglichen Fragen sind nicht in der notwendigen Weise gewürdigt worden. Nach den Feststellungen werden in 761 Betrieben Ueberstunden gemacht, davon in 475 Betrieben regelmäßig und in 286 Betrieben nach Bedarf. Nach Feierabend gegossen wird in 621 Betrieben, und zwar in 368 Betrieben regelmäßig, in 253 nach Bedarf.

Zuschläge für Ueberstunden werden in 432 Betrieben gewährt, in der Hauptsache nur dort, wo in Lohn gearbeitet wird. Die Akkordarbeiter müssen in der Mehrzahl der Betriebe Ueberstunden ohne besondere Bezahlung oder Entschädigung leisten. Nur in 111 Betrieben werden den Formern Gießüberstunden unabhängig vom Akkord bezahlt.

Die Feststellungen über das Entlohnungssystem haben die bereits bekannte Tatsache erneut bestätigt, daß bei den Formern die Akkordarbeit, bei den Gießereihilfsarbeitern Zeitlohn vorherrschend ist.

Nach den zu einer Berechnung zur Verfügung stehenden Angaben arbeiten 76,89 Prozent der Former in Akkord und 23,11 Prozent in Zeitlohn, 25,72 Prozent der Hilfsarbeiter in Akkord und 74,28 Prozent in Zeitlohn. Aehnlich war das Verhältnis zwischen der Akkord- und Zeitlohnarbeit bei der Erhebung im Jahre 1903.

Ueber das Verhältnis in den einzelnen Bezirken, soweit es ermittelt worden ist, gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Bezirke	Former				Hilfsarbeiter			
	in Akkord		in Zeitlohn		in Akkord		in Zeitlohn	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1. Bezirk	—	—	—	—	—	—	—	—
2. „	514	94,49	30	5,51	159	26,72	436	73,28
3. „	696	88,55	90	11,45	270	38,14	438	61,86
4. „	5140	90,51	539	9,49	1098	22,08	3875	77,92
5. „	4642	86,88	701	13,12	1755	32,60	3628	67,40
6. „	—	—	—	—	—	—	—	—
7. „	6095	69,41	2686	30,59	2099	24,00	6648	76,00
8. „	—	—	—	—	—	—	—	—
9. „	3619	64,91	1956	35,09	960	22,84	3337	77,66
10. „	875	67,78	416	32,22	235	20,09	935	79,91
Berlin	1119	73,47	404	26,53	410	31,93	874	68,07
Zus.	22700	76,89	6822	23,11	6986	25,72	20171	74,28

Zu bemerken ist dazu, daß sich unter den Akkordarbeitern auch die Personen befinden, die hin und wieder in Zeitlohn arbeiten müssen. Eine besondere Rubrik ist dafür nicht eingestellt worden, weil solche Fälle in ganz geringem Umfange mitgeteilt worden sind. Vom ersten, sechsten und achten Bezirk sind über Löhne und Verdienste keine Erhebungen gemacht worden, weshalb diese Bezirke in dieser Frage ausscheiden. Es kann aber angenommen werden, daß die Verhältnisse in diesen Bezirken den anderen Bezirken ähnlich sind, und daß daher der ermittelte Durchschnittsprozentsatz die im Berufe bestehenden Verhältnisse ziemlich genau kennzeichnet.

Der ermittelte Durchschnittsverdienst beträgt für Former in Akkord 53,02 ₰, in Zeitlohn 46,07 ₰; für Hilfsarbeiter in Akkord 45 ₰, in Zeitlohn 36,09 ₰. Betrachtet man die erfaßten Personen nach der Richtung, wieviel unter dem Durchschnitt und wieviel über dem Durchschnittsverdienst stehen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Berufsarten	Über dem Durchschnittslohn stehen		Unter dem Durchschnittslohn stehen	
	absolut	in Proz.	absolut	in Proz.
Former in Zeitlohn	5360	49,25	5462	50,75
„ „ Akkordlohn	11110	48,94	11590	51,06
Hilfsarbeiter in Zeitlohn	10576	52,43	9595	47,57
„ „ Akkordlohn	3506	50,19	3480	49,81
Zusammen	28552	50,37	28127	49,63

Die Zahlen ergeben, daß eine große Zahl der Berufsgenossen im Gießereigewerbe in wirklich ungünstigen Verdienstverhältnissen steht. Aus den in der Schrift enthaltenen Lohntabellen ist zu entnehmen, daß eine ganze Anzahl Former und Gießereiarbeiter mit Löhnen von 25 bis 30 ₰ pro Stunde abgespeist werden. Nach diesen Feststellungen sind die Lohnverhältnisse in den Gießereibetrieben dringend einer Verbesserung bedürftig.

Ueber die Festsetzung und Berechnung der Akkordpreise ist aus 1337 Betrieben berichtet worden. In 410 Betrieben waren feste Akkordtarife, nach denen die Preise geregelt wurden, in den wenigsten Betrieben aber dürfen die Arbeiter Einsicht in die Preistabellen nehmen. In 270 Betrieben geschieht die Regelung durch Vereinbarung mit den einzelnen Arbeitern vor Inangriffnahme der Arbeit und in 279 Betrieben durch Akkordzettel oder andere ähnliche Methoden. Aus einer ganzen Reihe von Betrieben wird berichtet, obwohl nicht besonders danach gefragt wurde, daß der Akkordpreis vorher nicht mitgeteilt, geschweige denn vereinbart wird. Der Former schafft im Ungewissen und es kann ihm je nach Lage der Sache und nach Gutdünken des Meisters das größte Unrecht zugefügt werden, ohne daß er etwas dagegen unternehmen kann.

Akkordreduktionen erfolgten in 925 Betrieben, und zwar in 360 Betrieben infolge Aenderung der Modelle oder Massenfabrikation, in 419 Betrieben infolge sonstiger Ursachen und in 146 Betrieben infolge zu hohen Verdienstes der Arbeiter. In verschiedenen Betrieben sind Akkordreduktionen auch mit mehreren Ursachen zu begründen versucht worden. Diese paar Zahlen zeigen, daß die Gießereibesitzer bemüht und bestrebt sind, an den Akkordpreisen immer wieder Abzüge zu machen und bei ihrer Absicht um Gründe nicht verlegen sind. Würden sich die Arbeiter nicht mit aller Macht gegen die Abzüge wehren, dann würden solche jedenfalls in noch höheren Maße vorgenommen. Gegen die Abzüge wurde in 457 Betrieben Widerspruch erhoben. In 187 Betrieben erfolgte über gemachte Abzüge eine Verständigung, wodurch dieselben in vielen Fällen ganz oder teilweise zurückgenommen wurden. Eine Verminderung des Verdienstes infolge von Akkordreduktionen trat in 280 Betrieben ein.

Auch die Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit läßt viel zu wünschen übrig. Ein bestimmter Stundenlohn ist in 356 Betrieben vereinbart, aber nur in 228 Betrieben wird derselbe bei Akkordarbeit garantiert. Das ist ein großer Mißstand besonders für die, die über die Akkordpreise im Ungewissen sind.

Die Ermittlungen über die Betriebseinrichtungen und Schutzvorrichtungen in den Gießereien, über sanitäre und hygienische Einrichtungen, Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Wasch- und Ankleideräume haben erneut ergeben, daß es in den Gießereien immer noch sehr traurig aussieht. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, in diesem Rahmen auf die Feststellungen näher einzugehen.

Die Fehlgußfrage ist so alt wie das Gießereigewerbe überhaupt. Trotz aller technischen Fortschritte und sonstigen Hilfsmittel hat man bis heute noch kein Mittel gefunden, um diese Gefahr zu beseitigen. Trotz vieler Versuche ist die Technik und die Wissenschaft bis heute in alle Geheimnisse des Fehlgusses noch nicht eingedrungen. Selbst bei größter Geschicklichkeit des Formers und unter Beobachtung aller in Betracht kommenden Vorsichtsmaßregeln ist es nicht möglich, sichere Garantien zu bieten, daß Fehlguß nicht vorkommt. Auf der anderen Seite ist durch die Fortschritte der Technik in allen Industriezweigen für die Gießerei die Ausschußgefahr wesentlich gesteigert worden, denn infolge der Entwicklung der Technik werden die Gußstücke immer komplizierter und damit auch die Ausschußgefahr eine größere.

Wenn die Frage nach der genauen Ursache von Ausschußguß immer beantwortet werden könnte, dann wäre damit der Weg vorgezeichnet, auf dem die Ausschußgefahr beschränkt oder gar beseitigt werden könnte. Solange Wissenschaft und Technik aber noch nicht alle Ursachen des Ausschusses ergründet haben, solange es also nicht möglich ist, bei jedem Fehlgußstück einwandfrei festzustellen, wer die Schuld hat, solange darf das Risiko auch nicht auf die Arbeiter abgewälzt werden.

Der Wichtigkeit der Frage entsprechend ist ihr in der Schrift besonders eingehende Betrachtung geschenkt worden. In einer Reihe von Tabellen ist dargestellt, wie sich die Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse, die gesundheitlichen Verhältnisse rc. in den einzelnen Bezirken gestalten. Auf alle Einzelheiten einzugehen, ist bei dem Umfang des Materials ausgeschlossen. —

Es sollte kein Former und Gießereiarbeiter versäumen, sich die Schrift zu beschaffen, der allgemeine Teil, das Kapitel über die Fehlgußfrage, die Arbeitszeiten, Löhne, das Kapitel über die Akkordarbeit und anderes mehr sind für jeden im Beruf Beschäftigten von besonderem Interesse und dauerndem Wert.

Verhandlungen über die Frage der Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit unserer Organisation.

Wir lassen nachstehend die Erläuterungen folgen, die der Vorstand des Schmiedeverbandes bei den Verhandlungen in Stuttgart am 19. Dezember 1910 zu seinen Vorschlägen gegeben hat (siehe diese Vorschläge und die Erklärungen unseres Vorstandes in voriger Nummer):

Durch die eingeleiteten Verhandlungen wird sich ergeben, ob zwischen den Vorständen eine Verständigung zustande kommt, insofern, daß bestimmte Bedingungen vereinbart werden können, unter denen die Vereinigung des Schmiedeverbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband stattfinden würde. Diese zu einer Vorlage verarbeiteten Bedingungen wären den nächsten Generalversammlungen der beiden Verbände zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen und wie üblich, mit den übrigen Anträgen zur Generalversammlung vorher bekannt zu geben. Haben die Generalversammlungen die Verschmelzungsbedingungen anerkannt, dann erfolgt die vollständige Aufnahme des Schmiedeverbandes in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Für den Uebertritt der Mitglieder, respektive die Umschreibung der Mitgliedsbücher wird ein Termin festgesetzt, bis zu dem diese Formalitäten zu erledigen sind. Die Mitglieder des Schmiedeverbandes behalten im Deutschen Metallarbeiter-Verband ihre vollen Mitgliedsrechte.

Nach Erledigung dieser Vorbedingungen und nach Ablauf des Uebertrittstermins wird für die sämtlichen Schmiede und Kesselschmiede im Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Berufsgruppe gebildet. Zu diesem Zwecke werden gemeinschaftliche Versammlungen für die Berufsgruppe einberufen und die Gruppenleiter gewählt. Mit der Gruppenleitung in Verbindung stehen die Werkstattvertrauensmänner der Schmiede. Nach Konstituierung der Gruppe ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine zweckentsprechende Verteilung der Vertrauensmänner in den Betrieben stattfindet.

Die Gruppenleiter erhalten in der Regel Sitz und Stimme in der Ortsverwaltung. In solchen Verwaltungsstellen, wo Schmiede im Verhältnis zu anderen Berufen nur unbedeutend in Frage kommen, kann darauf nicht Anspruch gemacht werden.

Die Gruppen in den Verwaltungsstellen bilden in der Gesamtheit die zentrale Gruppe.

Die zentrale Gruppenleitung wird ebenfalls nach Erledigung des Uebertritts gebildet.

Die Gruppenleitung an der Zentralstelle des Verbandes soll eine Gesamtvertretung für die Berufsinteressen der Kollegen sein. Damit das geschehen kann, ist es notwendig, daß der Gruppenleiter dem Zentralvorstand angehört und gleich den Gruppenleitern in den Ortsverwaltungen die Angelegenheiten des Berufs vertritt. Eine derartige Vertreterschaft im Verband dürfte, auch vom allgemeinen Gesichtspunkt aus betrachtet, sehr nützlich sein. Die Erfüllung der Wünsche einer Berufsgruppe hängt wesentlich davon ab, ob die sonstigen Verpflichtungen des Verbandes es gestatten. Der eine Ort oder der eine Beruf muß auf den andern Rücksicht nehmen. Das Interesse der einzelnen Gruppe muß dem Gesamtinteresse angepaßt werden. Wenn nun die Gruppenleiter der Verwaltungsstellen in den Ortsverwaltungen, der Gruppenleiter an der Zentralstelle im Zentralvorstand sind, also bei allen Verbandsangelegenheiten, die diese Körperschaften beschäftigen, mitzuraten und mitzutaten haben, dann sind die Gruppenleiter nicht nur in der Lage, ihre Berufsgruppe zu vertreten, sondern sie werden bei Beurteilung der Angelegenheit ihrer Gruppe auch die Anforderungen von anderer Seite, die an den Verband gestellt werden, würdigen können. Ja, sie werden als verantwortliche Personen in ihren Körperschaften bestrebt sein müssen, das Gesamtinteresse immer in den Vordergrund zu stellen, weil, wenn sie anders handeln wollten, sie in ihrer Funktion sehr bald nicht mehr ernstlich in Frage kommen würden. Daß die Gruppenleiter in diesem Sinne ihre Aufgabe zu betrachten haben und sie ausüben können, dazu bietet sich eben nur dann die Möglichkeit, wenn sie in der Leitung mitwirken. Stehen sie diesen Stellen fern, dann wird entweder das Interesse an der Sache sehr bald erlahmen oder es werden fortgesetzte Widersprüche mit der Leitung bestehen. Auf alle Fälle wird durch dieses System das so notwendige gegenseitige Vertrauen zwischen Mitgliedern und Verbandsleitungen wesentlich gefördert werden.

Die Gruppenleiter in den Verwaltungsstellen haben nach stattgefundener Wahl ihre Adressen an den Zentralgruppenleiter einzusenden. Damit soll eine Verbindung hergestellt und erhalten werden für die gesamte Berufsgruppe, damit bei allen beruflichen Angelegenheiten die Erledigung unmittelbar erfolgen kann. Durch dieses Inverbindungtreten der Ortsgruppen mit der Zentrale wird aber auch gleichzeitig eine innige Verbindung der Gesamtgruppe hergestellt, die sehr notwendig ist. Diese ständige Verbindung der gesamten organisierten Berufskollegen verleiht dem einzelnen wie der Gesamtheit mehr Selbstvertrauen in ihre Kraft, mehr Kraftgefühl. Dies aber ist das notwendige Element, welches wir bei den zukünftigen Kämpfen der Arbeiterschaft durchaus nicht entbehren können. Aber auch für die Weiterentwicklung der Berufsgruppe auf organisatorischem Gebiet wird ihre hier geschilderte Gestaltung im Verbande sehr fördernd wirken. Für den Schmiedeberuf liegen die Verhältnisse bezüglich der Agitation, besonders soweit Kleinbetriebe in Frage kommen, recht eigenartig, sie sind mit anderen Berufen in der Metallindustrie nicht zu vergleichen. In den Kleinbetrieben auf dem Lande und in den kleineren Städten werden die Schmiede hauptsächlich ausgebildet; hier ist auch das Rekrutierungsgebiet für die Organisation. Das ganze Milieu an den Ausbildungsstellen und die vereinzelte Beschäftigung ist dem Organisationsgedanken sehr hinderlich. Die Kollegen gehen noch ganz in ihrem Beruf auf; was darüber hinausgeht, ist ihnen noch völlig fremd. Sie werden deshalb auch für die Organisation immer unter Anlehnung des Berufs am leichtesten zu haben sein. Aus diesen Gründen heraus ist die Gruppenbildung für die Schmiede, wenn eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband stattfindet, notwendig, und aus denselben Gründen dürfte es auch für jeden Gewerkschafter berechtigt erscheinen, daß die Schmiede solche Einrichtungen verlangen oder wenn für sie als die ersten solche Einrichtungen geschaffen werden. Bei der bisherigen erfreulichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Metallindustrie, angesichts der großen Massen, die dabei in Frage kommen, ist die Umformung des Organisationsverhältnisses in der Weise, daß die Berufe als solche mehr hervortreten und in ihren beruflichen Angelegenheiten selbst etwas mehr Bewegungsfreiheit erhalten, nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Für die größten Berufsgruppen wird das Gesagte mindestens schon heute zutreffen. Die Schmiede sind nun aber unstreitig eine der bedeutendsten Gruppen in der Produktion innerhalb der Metallindustrie, aber auch an Zahl der Mitglieder stehen sie in erster Reihe, wenn die Mitglieder des Schmiedeverbandes mit den Schmieden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zusammentreten.

Wie die Wahl des Gruppenleiters stattfinden soll, die Frage ist von uns offen gelassen, darüber würde sich ja auch eine Verständigung leichter erzielen lassen. Außerdem handelt es sich bei diesen Vorschlägen ja vorerst auch nur um die Form, wie die Verschmelzung stattfinden könnte, weitergehende Fragen können vorläufig noch zurücktreten.

Zu der Verwaltungsabteilung an der Zentrale für die Berufsgruppe, wie es unter Ziffer 3 verlangt wird, ist zu bemerken, daß es sich nur um technische Einrichtungen handelt, die auch vielleicht nur wenig oder keine Aenderungen verursachen würden. Die Erledigung der Verbandsarbeiten in der Hauptverwaltung soll möglichst in Abteilungen für Berufe geschehen. In den einzelnen Abteilungen sollen hauptsächlich die Arbeiten für den betreffenden Beruf erledigt werden. Durch die spezielle Berufskenntnis würden die dort beschäftigten Personen der Gruppe mehr nützen können. Die Durchführung dieser Einrichtung ist natürlich nur so zu verstehen, daß die Teilung der Arbeit für die rationelle Erledigung keine Beeinträchtigung mit sich bringt.

Nach Punkt 4 soll den Schmieden auch in den Bezirksleitungen eine Vertretung eingeräumt werden. Auch diese Vertretung ist so gedacht, daß in denjenigen Verwaltungstellen, wo die Bezirksleitung ihren Sitz hat, aus der Gruppe der Schmiede ein Beisitzer für die Bezirksleitung zu wählen ist. Sind die Schmiede in der Verwaltungstelle, die die Beisitzer für die Bezirksleitung zu wählen hat, gegenüber anderen Gruppen nur unbedeutend vertreten, so würde diese Bestimmung für den Fall außer Kraft zu setzen sein.

Auch zu Punkt 5 ist, wie zu den beiden vorhergehenden Punkten, nicht mehr viel zu sagen. Bei der Besprechung über die Einrichtung der Gruppe ist die ganze Materie so eingehend erläutert, daß darüber wohl bereits Klarheit herrscht, daß sich die Mitglieder des Schmiedeverbandes vollkommen in den Rahmen des Gesamtverbandes einfügen würden. Dieser Punkt ist aber unter Bezugnahme auf die einheitliche zentrale Leitung von größerer Bedeutung, deshalb mag besonders erwähnt werden, daß die Gruppenleitungen in den Verwaltungstellen den Ortsverwaltungen, die Gruppenleitung an der Zentrale der Zentralverwaltung, also dem Zentralvorstand, unterstellt sein sollen. Alle Unternehmungen für die Gruppe, die von größerer Bedeutung sind, würden nach Zustimmung der Leitung des Verbandes von der Gruppenleitung ausgeführt werden. Das kann natürlich nicht alles reglementiert werden; es muß auch dabei Vertrauen gegen Vertrauen obwalten.

Für Punkt 6 sind nach den bisherigen Erläuterungen auch schon die Grenzlinien für die Aufgabe der Gruppenleitung gezogen, diese Tätigkeitsgebiete brauchen nur noch einmal erwähnt zu werden. Die Agitation unter den Berufskollegen soll eine besondere Aufgabe der Gruppe selbst sein, und was in dieser Beziehung unternommen werden kann, darüber soll sie möglichst frei entscheiden können.

Auch die Vorbereitungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in das Tätigkeitsgebiet der Gruppe zu ziehen. Zu der Leitung von Lohnbewegungen, soweit Schmiede hauptsächlich in Frage kommen, würde der Gruppenleiter der Zentrale mit heranzuziehen sein. Auf diesem Gebiet hat die Erfahrung gelehrt, daß die genauere Kenntnis der Berufsverhältnisse bei etwaigen Verhandlungen für die Erfolge sehr bedeutungsvoll in Frage kommen, deshalb dürfte die Mitwirkung des Zentralgruppenleiters in solchen Fällen als notwendig zu betrachten sein.

Ferner würde zur Aufgabe der Zentralgruppenleitung gehören die Vertretung der Berufsangelegenheiten in der Presse, soweit hier und da eine spezielle Behandlung notwendig ist. Ebenfalls die Herausgabe von Druckschriften beruflichen Inhalts und die Veranstaltungen von statistischen Erhebungen im Beruf. Dann käme weiter in Betracht die Vorbereitung und Abhaltung von Berufskonferenzen. Schließlich auch die Vertretung in den Beiratssitzungen und auf den Generalversammlungen des Verbandes.

Nun zu Punkt 7, Sicherung für die Erhaltung der geschaffenen Berufsgruppe.

Von dem Gedanken ausgehend, daß, wenn nach eingehender Beratung bestimmte Bedingungen festgelegt werden, unter denen es überhaupt erst möglich wird, daß sich die Parteien bei der Verhandlung näherkommen und unter denen eventuell die Verschmelzung verwirklicht werden kann, dürfte dieses Verlangen als etwas Selbstverständliches betrachtet werden. Weil nun aber einmal diese Einrichtungen für die Gruppe als eine Notwendigkeit betrachtet werden, die nicht nur vorübergehend in Geltung bleiben sollen, so sind auch wohl einige Garantien für deren Erhaltung notwendig. Es soll vereinbart werden, daß etwaige Aenderungen in den Bestimmungen nur nach vorheriger Zustimmung einer Berufskonferenz von einer Verbandsinstanz vorgenommen werden dürfen. Aber auch die Berufsgruppe respektive die Berufskonferenz soll keine Aenderungen vornehmen dürfen ohne die Genehmigung des Zentralvorstandes. Dadurch wäre ein gegenseitig gleiches Verhältnis geschaffen. Der Vorstand ist vor Uebergriffen seitens der Gruppe geschützt und die Gruppe braucht nicht die Kürzung ihrer Rechte zu befürchten. Falls nun durch die wirtschaftlichen Verhältnisse Aenderungen erforderlich werden, dürfte es nicht schwer sein, eine Verständigung zu erzielen. Wenn in solchen Fällen der Vorstand ein Interesse an einer Aenderung hat, wird er leicht die Konferenz davon überzeugen können, daß dieselbe notwendig ist, um so mehr, als bei den zugrunde liegenden allgemeinen Interessen beide Teile dabei partizipieren. Ohne irgendwelche Sicherheit dürfte die Einrichtung sehr wenig Bedeutung haben, weil sie zu jeder Zeit aufgehoben werden kann, ohne daß die Gruppe dagegen etwas unternehmen könnte. Das kann aber die Absicht nicht sein bei dem Eingehen solcher Bedingungen.

Die Berufskonferenzen sollen je nach Bedarf stattfinden, jedenfalls aber alle zwei Jahre vor den Generalversammlungen des Verbandes.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

XXII.

Aus der zweiten Beratung des ersten Buches ist nur noch die Aussprache über die Bestimmung zum Schutze der Arbeitervertreter hervorzuheben. Die Sozialdemokraten hatten bei den Betriebskrankenkassen angeregt, daß die Arbeiter, die in dem Vorstand und Ausschuß dieser Kassen als Arbeitervertreter tätig sind, gegen Maßregelungen geschützt werden müßten; denn sonst sei es den Arbeitervertretern unmöglich, wirklich die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Würden sie das tun, dann müßten sie auf eine Maßregelung gefaßt sein, da ja der Vorsitzende der Betriebskrankenkasse stets der Betriebsinhaber oder dessen Stellvertreter ist. Sie hatten daher einen Antrag gestellt, durch den die Entlassung der Arbeitervertreter nur in bestimmten Fällen gestattet sein sollte. Da aber die bürgerlichen Parteien nur schwer für derartige Maßnahmen zu haben sind, lehnten sich die Sozialdemokraten ganz genau an die Schutzbestimmung an, die die bürgerlichen Parteien im preußischen Dreiklassenhause für die Sicherheitsmänner in Bergwerken beschlossen haben. Danach forderte der Antrag der Sozialdemokraten, daß einem Arbeitervertreter im Ausschuß oder im Vorstande einer Betriebskrankenkasse zu einem früheren Zeitpunkt als zum Ablauf seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Unternehmer nur gekündigt werden kann: 1. wenn er seinen Verpflichtungen als Arbeitervertreter nicht nachkommt; 2. wenn sonst Tatsachen vorliegen, die ihn als nicht geeignet zur Fortsetzung seiner Tätigkeit als Arbeitervertreter erscheinen lassen; 3. wenn er seine Tätigkeit als Arbeitervertreter zu Zwecken mißbraucht, die mit seinem Amte als Arbeitervertreter nicht im Zusammenhang stehen; und 4. wenn wichtige Gründe anderer Art vorliegen, die mit der Ausübung seines Amtes als Arbeitervertreter nicht zusammenhängen. Außerdem kann der Arbeitervertreter auch vor Ablauf der vertragsmäßigen Arbeitszeit und ohne Kündigung entlassen werden, sobald er sich einer gröberen Ungehörigkeit (§ 123 der Gewerbeordnung) schuldig macht.

In der ersten Lesung erklärte das Zentrum, daß es den Grundgedanken dieses Antrages als richtig anerkenne; es wolle aber den Gedanken noch weiter ausbauen. Deshalb stimmte damals das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen den

sozialdemokratischen Antrag nieder. In der zweiten Lesung kamen die Sozialdemokraten mit demselben Antrag und die Zentrumsabgeordneten mit derselben Ausrede. Jetzt aber ließen die Sozialdemokraten ihren Antrag nicht zur Abstimmung kommen, sondern ihn so lange zurückstellen, bis der versprochene Antrag des Zentrums vorliege. Am Schlusse des ersten Buches brachte das Zentrum in der Tat seinen Antrag ein. Er bezog sich auf einen Paragraphen in dem Abschnitte über die Strafe. Nach dieser Bestimmung ist den Unternehmern und ihren Angestellten sowie den Versicherungsträgern untersagt, die Versicherten in der Uebernahme oder Ausübung ihres Ehrenamtes der Reichsversicherung zu beschränken oder durch Uebereinkunft oder Arbeitsordnung zum Nachteil der Versicherten die Anwendung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung ganz oder teilweise auszuschließen. Das Zentrum beantragte nun, dieses Verbot dahin auszudehnen, daß die Arbeitervertreter wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung eines solchen Ehrenamtes nicht benachteiligt werden dürfen. Dieses ist der Antrag, durch den angeblich die Arbeitervertreter genügend geschützt werden sollten.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Antrag eine moralische Verpflichtung für die Unternehmer ausspricht, und in diesem Sinne haben auch die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien für den Zentrumsantrag gestimmt. Dadurch ist im Gesetz ausdrücklich festgelegt, daß ein Arbeiter, der in der Arbeiterversicherung als Arbeitervertreter tätig ist, nicht gemaßregelt werden sollte.

Wie aber, wenn ein Unternehmer keine Rücksicht auf diese moralische Verpflichtung nimmt, und doch zur Maßregelung eines Arbeitervertreters schreitet, indem er einen anderen Vorwand für die Entlassung des Arbeiters vorschützt? Einem solchen Unternehmer ist mit der Bestimmung, wie das Zentrum sie beantragt hatte, in keiner Weise entgegenzutreten. Aus diesem Grunde hielten die Sozialdemokraten trotz der Annahme des Zentrumsantrages ihren eigenen Antrag aufrecht. Sie wiesen nach, daß in einer Betriebskrankenkasse, wo der Arbeitervertreter direkt mit seinem eigenen Unternehmer zu tun und ihm gegenüber die Arbeiterinteressen zu vertreten habe, ein weitergehender Schutz unentbehrlich sei. Hier könne man nicht mit einer moralischen Verpflichtung auskommen, sondern müsse so, wie es im sozialdemokratischen Antrag getan sei, ausdrücklich die Entlassung des Arbeitervertreters verbieten. Alle bürgerlichen Parteien nahmen jedoch gegen den Antrag der Sozialdemokraten Stellung. Für sie ist es ein Ding der Unmöglichkeit, das Recht eines Unternehmers, einen Arbeiter zu entlassen, zu beschränken. Vergeblich erinnerten die Sozialdemokraten das Zentrum und die Nationalliberalen daran, daß sie sich bei anderer Gelegenheit, wo es sich nur um unverbindliche Redensarten handelt, für einen derartigen Schutz der Arbeitervertreter ausdrücklich ausgesprochen haben. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten abgelehnt.

Nachdem das erste Buch erledigt war, ging die Kommission zum letzten Buch über, weil dieses im engsten Zusammenhange mit dem ersten steht. Hier handelt es sich um den Aufbau der Versicherungsbehörden. Eine Reform dieser Behörden ist ganz besonders in der Unfallversicherung notwendig, weil hier die Feststellung der Entschädigungen zunächst ohne Mitwirkung der Arbeiter erfolgt. Die Praxis hat ergeben, daß die Arbeiter mit dieser einseitigen Feststellung der Entschädigung in sehr vielen Fällen unzufrieden sind und deshalb Klage vor dem Schiedsgericht und dem Reichsversicherungsamt erheben. Demgemäß haben die Klagen vor dem Reichsversicherungsamt im Laufe der Zeit so zugenommen, daß eine schnelle und gründliche Erledigung der Klagen nicht mehr möglich ist. Die Regierungen hatten ursprünglich die Absicht, bei der Feststellung der Entschädigung von Anfang an die Arbeiter zur Mitwirkung heranzuziehen. Dagegen haben aber die Berufsgenossenschaften sehr lebhaft Widerspruch erhoben, und die Regierungen zogen es daher vor, von diesem Plan Abstand zu nehmen. Seitdem sich aber herausgestellt hat, daß eine einigermaßen wirksame Reform nur auf dem zuerst von der Regierung in Aussicht genommenen Wege möglich ist, deshalb haben sich die Kompromißparteien, das heißt die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum dahin geeinigt, die Mitwirkung der Arbeitervertreter, wenn auch in sehr abgeschwächter Form, auf einem Umwege herbeizuführen. Danach sollen zwar die Berufsgenossenschaften zunächst die Entschädigung feststellen und dann einen Vorbescheid erlassen. Gegen diesen Vorbescheid aber kann der Berechtigte Einspruch erheben und dann geht die Sache an das Versicherungsamt über, das weitere Ermittlungen vorzunehmen hat. Wenn das Versicherungsamt mit seinen Ermittlungen fertig ist, dann geht die Sache wieder an die Berufsgenossenschaft zurück, und diese erledigt dann den endgültigen Bescheid. Die Entlastung des Reichsversicherungsamts wollen die Kompromißparteien dadurch herbeiführen, daß sie die Berufung gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaften in den meisten Fällen nur noch an das Oberversicherungsamt, nicht aber mehr an das Reichsversicherungsamt zulassen. Dieses verkürzte Verfahren ist vorgeschrieben für alle Rentenfeststellungen in den ersten zwei Jahren nach den Unfällen, und später für die Aenderung der Entschädigungen infolge der Aenderung der für die Höhe der Entschädigung maßgebenden Umstände.

Außerdem haben die Kompromißparteien die Anregung der Sozialdemokraten übernommen, daß dem Verletzten möglichst bei jeder Gelegenheit das Recht zustehen soll, ein ärztliches Gutachten von dem Arzt einholen zu lassen, den er vorschlägt. Für gewisse Fälle freilich soll dies auf Kosten des Versicherten selbst geschehen. Die Kosten werden mitunter recht beträchtlich sein, so daß nur der Versicherte von dieser Befugnis Gebrauch machen kann, der seiner Gewerkschaft angehört und von ihr Rechtschutz erhält.

In den Einzelheiten sind diese Vorschläge freilich noch sehr verbesserungsbedürftig. Deshalb haben die Sozialdemokraten eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen eingebracht. Es wird sich nun fragen, wieweit es den Sozialdemokraten gelingt, die Kompromißanträge den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend zu verbessern.

Zur X. Generalversammlung.

Unsere Bezirkseinteilung.

Als die Nürnberger Generalversammlung die Bezirkseinteilung und die Anstellung von zehn Bezirksleitern beschloß, erschien das manchem pessimistisch veranlagten Kollegen als ein sehr gewagter und kostspieliger Beschluß. Aber auch die größten Optimisten dachten damals nicht an eine Entwicklung des Verbandes, wie sie tatsächlich in den verflossenen zehn Jahren zu verzeichnen war. Wir waren alle sehr stolz und sehr befriedigt, daß wir es auf 100 000 Mitglieder gebracht hatten, und wenn einer prophezeit hätte, daß wir in zehn Jahren eine halbe Million Mitglieder haben würden, so hätte man ihn sicher nicht ernst genommen.

Nachdem nun aber wirklich diese riesenhafte Entwicklung vor sich gegangen ist, dürfte es nicht unangebracht sein, die Frage zu prüfen, ob die Bezirkseinteilung, wie sie 1901 beschlossen wurde und wie sie heute noch besteht, den veränderten Verhältnissen noch entspricht. Ich möchte das verneinen. Es ist an der Zeit, die Bezirkseinteilung zu reformieren, die Bezirke müssen kleiner werden.

Allerdings kenne ich nur die Verhältnisse im siebten Bezirk, aber in anderen Bezirken werden die Dinge ähnlich liegen, wie bei uns. Wir hatten am 1. Januar 1911 im siebten Bezirk 61 176 Mitglieder gegen 43 859 im Jahre 1909, also eine Zunahme von 17 317. Auf dem Bureau unserer Bezirksleitung sind momentan vier Personen beschäftigt: zwei Bezirksleiter, ein Sekretär und eine Kontoristin. Im Bereiche des siebten Bezirks sind heute annähernd 500 000 Metallarbeiter vorhanden, wovon rund 100 000 organisiert sind (einschließlich Hirsch-Dunckersche und „Christliche"). Es liegt also noch ein ungeheures Feld brach und man braucht sicher kein Optimist zu sein, um anzunehmen, daß in absehbarer Zeit der siebte Bezirk 100 000 Mitglieder haben wird. Größere Kämpfe und unvorhergesehene Ereignisse können die Zahlen schnell in die Höhe treiben.

Dann werden aber vier Personen nicht mehr ausreichen. Vor allen Dingen werden auch zwei Bezirksleiter nicht mehr in der Lage sein, den Anforderungen gerecht zu werden.

Das Tarifwesen steckt bei uns noch meistens in den Kinderschuhen, wenn es sich weiterentwickelt, erfordert es auch mehr Arbeit und vor allen Dingen werden dabei die Bezirksleiter in Anspruch genommen. Bei den Bezirkstarifverhandlungen für das Heizungsgewerbe war der Kollege Wallbrecht neben vielen Nebenarbeiten volle 14 Tage ununterbrochen in Anspruch genommen. Wenn man diese Momente in Betracht zieht und an die Möglichkeit einer bevorstehenden Hochkonjunktur denkt, dann braucht man wirklich kein Prophet zu sein, wenn man den dritten Bezirksleiter im Hintergrunde auftauchen sieht.

Nun weiß jeder, der die Verhältnisse kennt, daß es schon meistens kein idealer Zustand ist, wenn zwei Personen mit gleichen Rechten und Pflichten zusammenarbeiten müssen. Bezirksleiter sind eben auch Menschen und Menschen sind in ihren Anschauungen, ihrem Charakter und Pflichtgefühl niemals gleich. Es gehört deshalb immer auf beiden Seiten ein großes Maß von Kollegialität und Takt dazu, wenn zwei gleichberechtigte Faktoren in so verantwortlicher Stellung dauernd zusammenarbeiten wollen.

Wenn sich aber die Zahl auf drei erhöht, wird die Situation naturgemäß noch schwieriger. Im siebten Bezirk haben die beiden Bezirksleiter schon seit 4 bis 5 Jahren eine Teilung des Bezirks vorgenommen, und zwar in der Weise, daß Kollege Wallbrecht das Rheinland, Kollege Spiegel Westfalen übernahm.

Die Teilung hat sich gut bewährt. Einen kleineren Bezirk lernt der Bezirksleiter viel besser kennen. Er arbeitet sich in die industriellen und lokalen Verhältnisse gründlicher ein, und auch die Personenkenntnis ist besser. Bei Lohnkämpfen wird sein Urteil, gestützt auf diese Umstände, sicherer sein, kurz: seine Aufgabe wird ihm erleichtert.

Abgesehen davon, daß sich die beiden Kollegen gegenseitig aushelfen, wenn es einmal notwendig ist, liegen also die Dinge so, daß der siebte Bezirk tatsächlich geteilt ist. Es sind zwei Bezirksleiter für zwei verschiedene Bezirke vorhanden, nur haben sie eine gemeinschaftliche Verwaltung, ein gemeinschaftliches Bureau.

Nun wäre das letztere sicher kein Fehler, im Gegenteil! Aber der Bezirksleiter hat bei seiner Arbeit mit der Entfernung zu rechnen. Wenn, wie das hier der Fall ist, der Bezirksleiter für Westfalen nicht in Westfalen, sondern im Rheinland, in Düsseldorf wohnt, dann ist das sicher kein ideales Verhältnis. Es wäre schon ein Fehler, wenn der Bezirksleiter an der Peripherie seines Bezirks wohnen würde, daß er aber auf die Dauer außerhalb desselben wohnt, ist wohl ausgeschlossen. Ganz abgesehen von den Mehrkosten, wird außerdem noch viel Zeit vergeudet. Wenn der Bezirksleiter von Westfalen seinen Sitz in Westfalen hätte, beispielsweise in Dortmund, so würde nicht nur der Verband besser dabei fahren, sondern auch der betreffende Kollege selbst. Denn zu den unangenehmsten Aufgaben, die er hat, gehört sicher das „Herumliegen" auf der Bahn.

Nun wird man mir wohl erwidern: der siebte Bezirk ist ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet und darum muß es zusammenbleiben. Der Einwand ist aber nicht stichhaltig. Ein einheitliches Gepräge hat nur die Montan- und Hüttenindustrie. Aber gerade hier ist der Einfluß des Verbandes vorderhand noch gering. Im übrigen sind die industriellen Verhältnisse in den einzelnen Orten sehr verschieden: im Solinger Bezirk Schneidwarenindustrie, im Iserlohner die Fabrikation von Gelbmetallwaren, im Velberter die Schloßindustrie und im Bielefelder Bezirk die Nähmaschinen- und Fahrradfabrikation, im Ennepetal Tempergießereien, in Lüdenscheid Britanniawaren ꝛc. Allerdings wird es gerade im rheinisch-westfälischen Bezirk oft notwendig sein, daß die Bezirksleiter sich ins Einvernehmen setzen. Aber das ist auch anderwärts nicht zu umgehen. Beim Kampf an der Wasserkante kamen auch zwei Bezirke in Betracht, obwohl die Schiffswerften in wirtschaftlicher Beziehung wie auch in bezug auf die Unternehmerorganisation noch mehr Berührungspunkte haben als die rheinisch-westfälische Industrie im allgemeinen.

Es ist auch bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen worden, daß bei großen Kämpfen und in schwierigen Situationen, wenn zwei Bezirksleiter vorhanden sind, eine gegenseitige Aussprache sehr am Platze ist. Dieser Einwand hat überhaupt keine Bedeutung, denn bei stattfindenden Unterhandlungen mit den Unternehmern wird er doch meistens auf sein eigenes Urteil angewiesen sein. Wer eine Bewegung leitet, wird sich auch ein Urteil bilden müssen.

Wer also die Dinge objektiv einer Betrachtung unterzieht, der wird zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß eine Aenderung notwendig geworden ist. Die Generalversammlung wird den Vorstand beauftragen müssen, die Bezirkseinteilung auf eine andere territoriale Grundlage zu stellen; unsere Bezirke müssen kleiner werden.

Düsseldorf. *

Proportionalverpflichtung.

Die letzten Jahre haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, auf was für Kämpfe mit den organisierten Kapitalisten wir künftig zu rechnen haben. Wenn es uns nicht gelingt, die Kämpfe mehr auf andere Gebiete zu drängen, und vielleicht durch großzügig genossenschaftlichen Zusammenschluß dem wirtschaftlichen Kampf andere Formen zu geben, wenn der Kampf sich weiter nur auf gewerkschaftlichem Boden austoben sollte, dann steht uns eine äußerst ungewisse Zukunft bevor, und wir tun gut, uns auf alle Fälle gefaßt zu machen. Wir müssen beizeiten rüsten und Kampffonds aufspeichern.

Nun wird über das „Wie" der Geldbeschaffung viel gestritten und man übersieht dabei einen einfachen und natürlichen Ausweg: höhere Beiträge für die bessergestellten Arbeiter. Freilich, man hat schon an Klassenbeiträge gedacht, aber man glaubte dabei, für die höheren Beiträge auch größere Rechte, höhere Unterstützungen für die Mehrbezahler schaffen zu müssen. O diese christlich-kapitalistische Bezahlungs- und Ausgleichungsmoral! Dieses ängstliche, haargenaue Abwägen der Rechte gegen die Pflichten!

Wir halten es doch im Staat für selbstverständlich, daß der Reiche mehr Steuern bezahlt und trotzdem nicht mehr politische Rechte erhält, als der geringe Steuerzahler! Wehren wir uns im Staat nicht kräftig dagegen, daß die Mehrbezahlenden mehr Rechte bekommen sollen? Verlangen wir nicht Gleichberechtigung und Proportionalbesteuerung? Dem Staat gegenüber haben wir uns also von der Rückvergütungsmoral freigemacht. So soll es auch in unserer Bewegung sein!

Die Einkommen der Arbeiter sind nicht gleich. Ein zur Organisation gehöriger Arbeiter aber, der nur 20 M. verdient, muß heute ebensoviel beitragen, wie einer, der 30 M. verdient. Ist das Gerechtigkeit? Der Arbeiter mit 20 M. Lohn leistet dem Verband verhältnismäßig viel mehr, als der mit 30 M., und doch bekommt er nicht mehr, obwohl er zu alledem noch der Bedürftigere ist. Nun, den Standpunkt der Gleichberechtigung werden wir wie im Staat so auch in den Organisationen auf keinen Fall preisgeben wollen. Der Dreißigmarkverdiener soll auch nicht weniger Unterstützung bekommen, als der Zwanzigmarkverdiener. Aber er soll im Verhältnis zu seinem Einkommen, zu seiner sonstigen Leistungsfähigkeit mehr Steuern im Staat, mehr Beitrag im Verband bezahlen.

Gleiche Rechte, weil die Bedürftigkeit ziemlich gleich ist, aber ungleiche Pflichten, weil die Leistungsfähigkeit ungleich ist.

Wir brauchen nicht reglementieren: wer 30 M. verdient hat 100 ₰, wer 20 M. verdient hat 60 ₰ zu zahlen. Daraus würden wieder Ungerechtigkeiten entstehen. Denn ein Lediger mit 20 M. Lohn oder ein kinderloser Verheirateter mit 25 M. stehen nicht schlechter da, als ein sechsköpfiger Familienvater (pardon!) mit 30 M. Man soll es dem sozialen Pflichtgefühl des einzelnen überlassen, wieviel Beitrag er bezahlen will. Möglichst hohe Selbsteinschätzung ist Ehrensache. Will man sagen, daß dann die Mehrzahl der Arbeiter zu dem geringsten Beitrag heruntergehen würde? Man soll doch nicht so klein von ihnen denken! Dadurch erzieht man die Arbeiter nicht, daß man wenig von ihnen erwartet. Man muß das Beste ihnen nicht nur zutrauen, sondern sogar als selbstverständlich voraussetzen.

Mein Vorschlag wäre für den Deutschen Metallarbeiter-Verband: Mitgliedsmarken zu 60, 80 und 100 ₰ (oder 50, 75, 100 ₰). Im Grunde ist es ja ganz gleichgültig, was für Marken einer im Buch hat. Die einen sind ideell so viel wert wie die andern. Auch die Verwaltungsarbeiten würden wohl nicht viel verwickelter werden. Und wenn sie es würden — wir müssen eben damit rechnen, daß unser ganzer Kampf immer verwickelter wird.

Um nicht den Schein aufkommen zu lassen, als ob mein Vorschlag einem gewissen „Klassenhaß" entspringe, oder als ob ich Lasten auf andere abwälzen wolle, bemerke ich, daß ich selber zu den „bessergestellten" Arbeitern gehöre, daß mir die jetzige Besteuerung in den Organisationen schon lange gegen mein Gerechtigkeitsgefühl geht, und daß ich mich schon darauf freue, 1 M. zahlen zu dürfen.

Es kann keine Rede davon sein, daß auf diese Weise verschiedene Klassen von Verbandsmitgliedern geschaffen würden. Die Klassen sind ja schon vorhanden, weil eben die Arbeitereinkommen ungleich sind. Der Zusammenhalt in der Organisation könnte aber nur gewinnen dadurch, daß die Bessergestellten den Schwächeren unter die Schultern greifen.

J. Weisbart (Hamburg).

*

Auch eine wichtige Aufgabe.

Von der Redaktion und von mehreren Einsendern ist als wichtigste Aufgabe unserer Generalversammlung die Stärkung unserer Kampfmittel bezeichnet worden, und es wird hoffentlich nur wenige Kollegen geben, die aus den Ereignissen des letzten Jahres nicht die gleiche Lehre gezogen haben. Man kann nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Mannheimer Generalversammlung in diesem Punkte nicht versagen möge. Doch wenn wir gewillt sind, auf diese Weise der Welt kund zu tun, daß unsere Organisation trotz ihrer Größe und ihrer vielfach verpönten umfassenden Unterstützungseinrichtungen nach wie vor eine Kampforganisation bleiben will, und dieser Kampfcharakter den Drohungen der Unternehmerorganisation gegenüber noch unterstrichen werden soll, so erwächst uns auch auf der andern Seite die Pflicht, einmal nach den Veteranen unserer seit Bestehen des Verbandes ausgefochtenen Kämpfe zu sehen.

Mitglieder unseres Verbandes, die bei seiner Gründung im besten Mannesalter standen, sind heute über die Blüte der Jahre hinweg und ihr Haar fängt an zu bleichen. Sie, die in den Jugendjahren unserer Organisation unter ganz anderen Opfern, als sie heute nötig sind, gekämpft haben, die damals, wo oftmals ein Streik den anderen ablöste, stets kampfbereit waren und oftmals nicht einmal nach der Unterstützung fragen konnten, die fast ein Jahrzehnt die Organisation hochhielten, ehe es gelang, die deutschen Metallarbeiter endlich aus dem Schlaf zu wecken, sie haben den Jungen das Bett der Organisation zurechtgemacht. Doch bei den heutigen Kämpfen müssen unsere Alten am schwersten leiden. Die durch unsern Verband erhöhten Löhne geben den Unternehmern vielfach den Vorwand, sich der älteren Leute zu entledigen. Bei jeder Verhandlung kann man den Einwand hören, daß der Unternehmer durch die Erhöhung der Löhne gezwungen sei, ältere Leute zu entlassen. Es kann heute als festgestellt gelten, daß ungezählte Unternehmer nach diesem Rezept verfahren und vornehmlich wird der Abschluß solcher Lohnbewegungen, die nicht mit vollem Erfolg beendet werden konnten, dazu benutzt, die älteren Leute nicht wieder einzustellen. Wohl versuchen wir, unsere Alten zu schonen, trotzdem aber bleiben immer einige auf der Strecke.

Das Los dieser Kollegen ist dann in der Regel überaus traurig. Durch den Unternehmer versemt, von der Last der Jahre gedrückt und als verbrauchte Arbeiter gekennzeichnet, ist es ihnen fast unmöglich, Arbeit zu erhalten. Zunächst beginnt unständiges Arbeiten, unterbrochen durch längere Arbeitslosigkeit. Sorge und Gram bringen sie herunter und bald sind sie ständig erwerbslos und erwerbsunfähig. Sie erhalten einmal ihre zwanzig Wochen Unterstützung, eine einsichtige und humane Ortsverwaltung zahlt sie vielleicht auch nach Ablauf der Wartezeit nochmals, dann aber kommt die auf das Statut gestützte Antwort: Ihr seid nun nicht mehr vorübergehend, sondern dauernd arbeitslos, Ihr müßt Invalidenbeiträge zahlen. Die Kollegen sind dann nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft abgefunden und haben nur den Trost, daß ihre Hinterbliebenen für sie einst 100 M. Begräbnisgeld erhalten.

Wohl soll anerkannt werden, daß diese Fälle, soweit sie Mitglieder unseres Verbandes aus den Gründungsjahren betreffen, vorerst vereinzelt auftreten, und daß der Verband im Augenblick nicht mehr leisten kann, vielleicht schon zu viel leistet, gemessen an dem Beitrag. Aber das Auftreten dieser Fälle mahnt uns an unsere Pflicht, an den Lebensabend unserer Mitglieder zu denken, die nach einem weiteren Jahrzehnt ein Menschenalter der Organisation angehört haben werden, und wohl in den meisten Fällen als Opfer des Klassenkampfes früher der dauernden Erwerbslosigkeit anheimfallen, als nach ihrer Körperkonstitution unbedingt nötig wäre. Es liegt aber auch im Interesse einer möglichst nachdrücklichen Durchführung unserer Kämpfe, wenn die, die die Kampfestaktik bestimmen, mit der Unterstützung der mit oder ohne ihr Zutun auf der Strecke gebliebenen älteren Mitglieder rechnen können, wie auch manches alte Mitglied sich nicht von der Beteiligung am Kampfe abhalten lassen wird, wenn es die Aussicht hat, im schlimmsten Falle eine dauernde, wenn auch geringe Unterstützung zu erhalten.

Welcher Art die Unterstützung nur sein kann, ist wohl klar. Es handelt sich darum, den Gedanken der Einführung der Invalidenunterstützung zu erwägen. Wohl werden die alten Warnungsrufe ertönen, den Verband nicht zu einer Versicherungsanstalt zu machen. Wenn wir es dennoch wagen, dieses Thema anzuschneiden, so lassen wir uns einmal von humanitären Rücksichten leiten, indem wir dafür eintreten, den im Kampf ergrauten und schließlich erlahmten Kollegen eine Freistatt zu bieten, und aus taktischen Rücksichten, damit der Kampfleitung und den Kampfteilnehmern die unumgänglich notwendige Opferung der Existenzen nicht zum Hemmschuh werde.

Mit Recht haben wir Beschlüsse gefaßt, die unseren Angestellten die Sorge vor der Invalidität nehmen sollen, denn wir verlangen, daß sie ihre Kraft rücksichtslos der Organisation zur Verfügung stellen. Warum sollen wir nicht wenigstens die Frage prüfen, ob wir in der Lage sind, unsere ergrauten Kampfgenossen vor dem absoluten Mangel zu bewahren, wenn sie nach einem Leben voller Kämpfe wie eine ausgepreßte Zitrone auf die Straße geworfen werden?

Alle, die sich in dem ständigen opferreichen Klassenkampfe ein warmes Herz bewahrt haben, werden diesem Gedanken Verwirklichung wünschen. Ob er durchführbar ist? Dies zu untersuchen ist nicht Aufgabe dieser Zeilen. Sicher ist er nicht durchführbar ohne erhebliche Beitragserhöhung und ohne daß alle Chancen der Durchführung dieses Gedankens sorgfältig geprüft sind. Vielleicht findet die Statutenberatungskommission in Mannheim Zeit, einige Stunden über diese Frage zu diskutieren, vielleicht kann sie nach Prüfung der Sachlage der Generalversammlung vorschlagen, den Vorstand zu beauftragen, die Frage der Einführung der Invalidenunterstützung zu prüfen und vor der folgenden Generalversammlung zu berichten, um wieviel der Beitrag bei Einführung derselben erhöht werden müßte. Es wird sich dann bald zeigen, ob die Mitglieder dafür zu haben sein werden. Noch ist es Zeit. Es wäre doch bedauernswert, wenn die für die Zukunft wohl unvermeidliche Einführung dieses Unterstützungszweiges so spät erfolgen würde, daß unsere jetzigen Veteranen davon ausgeschlossen wären.

J. Asch (Rostock).

*

Die im vorigen Jahre anläßlich der Werftarbeiterbewegung drohende allgemeine Aussperrung der organisierten Metallarbeiter muß für uns ein Ansporn sein, nach Mitteln und Wegen zu suchen, den Aussperrungsgelüsten der Unternehmer einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Es muß unsere höchste Aufgabe sein, unsere Kriegskasse so zu stärken, daß wir im Momente der Gefahr unserem Gegner, dem Unternehmertum, wohlgerüstet gegenüberstehen. Meines

Erachtens ist es ein ungesunder Zustand und die Wirksamkeit auch keine so große, wenn bei außergewöhnlichen Gelegenheiten vom Vorstand Extrabeiträge ausgeschrieben werden müßten. Es ist richtig und hierin hat der Kollege von Nürnberg in Nr. 49 (1910) recht: Vom Vorstand wäre es richtig gewesen, den Extrabeitrag damals früher auszuschreiben und nicht erst vierzehn Tage vorher. Es ist auch ein starker Appell an die Opferwilligkeit unserer Mitglieder, die ersten vierzehn Tage auf Unterstützung zu verzichten, denn einem Kollegen mit starker Familie wird es schwer fallen, da bei vielen der Verdienst nicht so groß ist, Sparpfennige zurücklegen zu können. Im Moment der Gefahr wird ja von den Kollegen gern ein Opfer gebracht werden, aber es ist besser, wir rüsten in Friedenszeiten, damit es im Falle eines Krieges nicht notwendig ist, ein derartiges Opfer zu verlangen. Aus allen diesen Gründen wird sich die zehnte ordentliche Generalversammlung in Mannheim mit der Erhöhung des Beitrages beschäftigen müssen, und es wird notwendig sein, ihn um 10 ₰ zu erhöhen. Nun sollten diese 10 ₰ zur Bildung eines Aussperrungsfonds dienen. Bei rund 400 000 Mitgliedern ergibt sich daraus ein Betrag von zirka zwei Millionen Mark jährlich. Wenn es auch manchem Kollegen, namentlich in den schlechter bezahlten Gegenden, schwer fallen wird, einen noch höheren Beitrag zu bezahlen, so muß es doch sein in Anbetracht der Verhältnisse, zum Nutzen der Gesamtheit. Eine Aussperrung, die mit einer Niederlage beendet werden müßte, würde den Uebermut des Unternehmertums vergrößern, zum Schaden der Kollegen. Lohnreduzierungen anstatt Erhöhung der Löhne und allgemeine Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse würden die Folge sein. —

Der Artikel in Nr. 51 (1910) der Metallarbeiter-Zeitung: „Der Arbeiter als hungernder Staatsrentner" veranlaßt mich, einen Gedanken, mit dem ich mich schon länger beschäftige, in der Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen: Das ist die Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung. Was beim Verband der Deutschen Buchdrucker und seit der letzten Generalversammlung beim Buchbinderverband möglich ist, sollte bei uns auch gehen. Die Einführung denke ich mir so, daß, wie bei der Metallarbeiterkrankenkasse nebenher eine Sterbekasse existiert, die Invalidenkasse eigene Beiträge haben soll, und zwar monatliche, um Einziehungskosten zu sparen. Ich glaube, 1 ℳ würde genügen. Was sich unsere alten Kollegen, um ihre Existenz nicht aufs Spiel zu setzen, vom Unternehmertum gefallen lassen müssen, das weiß jeder Kollege. Auch bei Lohnbewegungen, Streiks ist der alte Kollege oft gezwungen, gegen seinen Willen fortzuarbeiten. Auch unser Verbandsstatut zeigt Härten (dies ist aber nicht zu ändern), viele Kollegen bezahlen ein Lebensalter ihren Beitrag und haben keine oder wenig Unterstützung bezogen, werden sie alt und invalid, gehen sie ihrer Rechte verlustig. Wenn auch der Gedanke verfrüht sein sollte, so hoffe ich doch, daß sich die Kollegen dazu äußern werden.

Gustav Schlenkermann (Stuttgart).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 19. Februar der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Februar 1911 fällig ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle **Zweibrücken** 5 ₰ pro Woche vom 1. Febr. an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Zurückgenommen wird:

Die in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung 1911 erfolgte Ausschließung des Drehers Bernh. Rathjens, geboren am 19. Mai 1882 zu Hannover, Buch-Nr. 519916, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse. Dafür wird

Für nicht wieder aufnahmefähig erklärt:

der Dreher Bernh. Rathjens, geboren am 19. Mai 1882 zu Hannover, Buch-Nr. 519916, wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse.

* * *

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Mülhausen i. Els.:**

Der Blechschmied Jul. Doppler, geb. am 29. November 1886 zu Mülhausen i. Els., Lit. A. Buch-Nr. 150568, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Swinemünde:**

Der Klempner Willi Steinert, geb. am 7. November 1886 zu Betschen, Lit. A. Buch-Nr. 77784, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag des **Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes:**

Der Schlosser Max Warmt, geboren am 5. Februar 1891 in Obersteig i. Schlesien, Schweiz. Buch-Nr. 63938.

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den **„Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a"** zu adressieren. **Geldsendungen** adressiert man nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a;** auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach Hettstädt (Messingwerk) D.; nach Wismar (Fa. W. Müller, Drahtwarenfabrik) D.;
von **Feilenhauern und -Schleifern** nach Staßfurt (Fa. Klinke) St.;
von **Formern, Gießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Anderten-Misburg (Hanom. Eisengießerei) St.; nach Breslau (Gebr. Gulsmann) D.; nach Elze i. Hann. (Fa. G. Meißner) R.; nach Gmünd (Firma Ritz & Schweizer) Mi.; nach Haiger i. Westerw. (Firma Bogerts, Maschinenf.) R.; nach Schöningen (Fa. A. W. Matenjen) St.;
von **Gold- und Silberarbeitern, Pressern** und **Hilfsarbeitern** nach Hamburg; nach Meran, Tirol, R.; nach Pforzheim;
von **Heizungsmonteuren** nach Koblenz, D.;
von **Klempnern, Installateuren** und **Heizungsmonteuren** nach Herford (Fa. Schierbaum) D.; nach Dänemark, A.;
von **Klempnern** und **Metalldrückern** nach Zittau (Fa. Wolf) D.;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Aalen (Gebr. Staub, Drahtstiftenfabrik); nach Chemnitz (Firma Florenz Bw., Fabr. für Webereiutensilien, M., und Firma Langer & Co., Werkzeugmaschinenfabrik) A.; nach Glauchau (Firma Pohl) St.; nach Gmünd (Fa. Ritz & Schweizer) Mi.; nach Halle a. S.; nach Herford (Fa. Niebaum & Gutenberg) A.; nach Lüneburg (Eisenwerk) D.; nach Oerlikon (Isola-Werke) D.; nach Rastatt (Waggonfabr.) St.; nach Wismar (Firma W. Müller, Drahtwarenfabrik) D.;
von **Metalldrückern** nach Erfurt (Gebr. Kommerer, Aluminiumwarenfabrik) R.;
von **Monteuren, Hilfsmonteuren, Maschinisten** und **Heizern** nach Zirndorf (Elektrizitätswerk der Fa. Körting A.-G.) Mi.;
von **Schlossern, Drehern, Schmieden** und **Kesselschmieden** nach Delmenhorst, St.; nach Staßfurt (Fa. Lück) L.;
von **Werkzeugschlossern** nach Lüdenscheid, St.;
von **Zinngießern** nach Höhr-Grenzhausen, R.;
von **Zinkhüttenarbeitern aller Art** nach Dortmund (Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w. F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläße in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Remscheid. In Nr. 5 des schwarzen Verbandsorgans jammert der „christliche" Stratege Heborn über die Ausschaltung des „christlichen" Metallarbeiterverbandes bei der Feilenarbeiterbewegung. Besonders empfindet er es sehr unangenehm, daß sie zu den vorbereitenden Arbeiten nicht herangezogen worden sind. Zugegeben, es wäre wirklich so, wie er es bejammert, dann wären nicht wir, sondern die „christliche" Organisation selbst dafür verantwortlich zu machen. Die „Christlichen" haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen von anderen Organisationen nicht das Vertrauen entgegengebracht wird, nach dem ihre Zunge so inbrünstig lechzt. Besonders die Arbeiter des Remscheider Industriegebiets haben alle Ursache, recht mißtrauisch gegen die „Christlichen" oder besser gesagt gegen die Christen „führer" zu sein. Der Bärenjäger, „christliche" Bezirksleiter und spätere Droschkenkutscher Peter Broich hat besonders dazu beigetragen, daß die Führer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Verkehr mit den Christen „führern" recht vorsichtig geworden sind. Mit diesem Peter Broich wurde im Jahre 1909 in Radevormwald der Streik der Arbeiter des Titanwerks gemeinsam durchgeführt. Unter anderm war zwischen dem Geschäftsführer unseres Verbandes und Peter Broich vereinbart worden, die allgemeinen Streikunkosten so zu verrechnen, daß drei Fünftel auf unsere und zwei Fünftel auf die „christliche" Organisation komme. Aus der Schweiz kamen nun eines Tages drei Mitglieder des schweizerischen Metallarbeiterverbandes an, die durch Vorspiegelungen der bestreikten Firma nach Radevormwald gelockt worden waren. Darunter befand sich ein Verheirateter, der mit Kind und Kegel angekommen war. Es gelang, die Leute abzuschieben; dem verheirateten Kollegen wurde für den Transport der Möbel 2c. bis Düsseldorf alles in Ordnung gebracht. Der Geschäftsführer unseres Verbandes, Kollege Böller, gab dem Kollegen auf Grund der Vereinbarung über die Verrechnung eine Mitteilung an Peter Broich, der seinen Sitz in Düsseldorf hatte, mit. In dieser Mitteilung war folgendes enthalten: „Werter Kollege! Ersuche Dich, dem Ueberbringer, wenn notwendig, in Düsseldorf weiter zu helfen. Die Unkosten sind gemeinsam zu verrechnen." Was tat nun „Kampfgenosse" Peter Broich? Er erklärte in Agitationsversammlungen, Böller, der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, habe ihm geschrieben, er (Broich) möchte dem Ueberbringer, der ein Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes sei, Unterstützung auszahlen, denn unser Verband habe kein Geld mehr. Bei dieser Gelegenheit verlas dieser wahrheitsliebende Mann, der fortgesetzt ein Kreuz an der Uhrkette baumeln hatte, ein Schriftstück, um den Anschein zu erwecken, als wenn er das Original in der Hand hätte. Heborn hatten wir bisher noch nicht näher kennengelernt, aber nach dem Artikel im „christlichen" Deutschen Metallarbeiter können wir auch zu ihm kein besonderes Vertrauen haben. Hinter Heborn steht natürlich auch der „christliche" Bezirksleiter Karl Schmitz, der 1907 bei dem Streik der Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Mongen die bekannte Rolle gespielt hat. Aber nicht nur im Remscheider Industriebezirk, sondern allenthalben macht man die Erfahrung, daß die Christen „führer" unzuverlässige Kampfgenossen sind. Wer hat die Bergarbeiter bei der jetzigen Bewegung im Ruhrgebiet verraten, trotzdem hier die „Führer" nicht darüber klagen konnten, sie wären ausgeschaltet worden? Wenn also Heborn darüber jammert, nicht genügend anerkannt worden zu sein, so möge er dafür sorgen, daß in Zukunft die Christen „führer" sich des Vertrauens würdig erweisen. Man erzielt dieses aber nicht mit der Eröffnung einer derartigen Preßpolemik, wie er es getan hat. Hervorheben wollen wir aber, daß sich die christlich organisierten Feilenarbeiter genau so tapfer geschlagen haben, wie unsere eigenen Kollegen. In dem Artikel des schwarzen Duisburgers ist weiter enthalten, der Kampf wäre auf Grund der unzulänglichen Organisationsverhältnisse verlorengegangen. Das trifft nicht zu, denn in den bestreikten 41 Betrieben blieben nur 46 Maschinenhauer stehen. Richtig ist, daß zwei größere Betriebe, die aber zu den 41 nichts beitrugen, vom Streik fast gar nicht betroffen wurden. Diese Fabriken liegen aber nicht in Remscheid, sondern in Lennep und Vermelskirchen, in Orten, wo die „Christlichen" ihre Mitglieder sitzen haben. War es doch zum Beispiel in Vermelskirchen der „christliche" Vertrauensmann, der von Anfang an den Arbeitswilligen spielte. Weiter wird im Duisburger behauptet, die Handhauer hätten Streikarbeit gemacht. Hierauf ist zu erwidern, daß, wenn das von organisierten Hauern geschehen, unser Verband auch mit aller Strenge dagegen vorgegangen ist. Für die Taten der Unorganisierten kann doch unser Verband nicht verantwortlich gemacht werden. Daß wir für die Handhauer einen Tarif abgeschlossen haben, stimmt. Aber es stimmt nicht, daß alle Arbeit, die die Handhauer verrichteten, Streikarbeit gewesen ist. Die Handhauer haben doch auch vor dem Streik Feilen gehauen. Dieses ist dem Artikelschreiber auch genau bekannt, aber er glaubt, für sein Organisationchen mit derartigen Behauptungen etwas herausholen zu können. Die organisierten Handhauer, die durchweg Heimarbeiter sind, hatten zudem beschlossen, die Arbeitszeit, die sonst 12 und 13 Stunden beträgt, während des Streiks auf 10 Stunden herabzusetzen und keine anderen Sorten Feilen und für keinen anderen Fabrikanten als vor dem Streik, zu hauen. Von Streikarbeit der Handhauer kann daher wohl nicht gesprochen werden. Wohl aber ist über die Frage zu diskutieren, ob es taktisch nicht richtiger gewesen wäre, die Handhauer mit in den Streik einzuziehen, um einen größeren Druck auf die Unternehmer auszuüben. Wir lehnen es aber ab, uns über diese Frage mit den „Christlichen" auseinanderzusetzen, denn wie und wann wir unsere Mitglieder in die Schlacht rufen, das geht uns allein an. Dem „christlichen" Artikelschreiber gefallen weiter unsere Maßnahmen gegen den während des Feilenarbeiterstreiks eingeführten Zwangsarbeitsnachweis des hiesigen Arbeitgeberverbandes nicht. So wird frisch drauflosgeschrieben, es wären Straßendemonstrationen arrangiert worden, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sei. Weiter habe man den Feilenarbeiterstreik zu einem politischen Machtkampf gestempelt, indem Beitrittsscheine für den sozialdemokratischen Volksverein verteilt worden wären und die Referenten in den Protestversammlungen aufgefordert hätten, der Partei beizutreten. Nun steht aber fest, daß in allen Versammlungen aufgefordert wurde, ruhig auseinanderzugehen und unter keinen Umständen zu demonstrieren. Wenn es nun doch zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist, so lag dieses an der Nervosität der Remscheider Polizei, und daran, daß ein Trupp jugendlicher Menschen auf den Straßen Allotria trieb. Es scheint fast, als wenn auch der Christenführer Heborn den Scharfmachern Material in die Hände liefern will, um sie aufzumuntern, die Arbeiterbewegung durch Ausnahmegesetze noch mehr zu knebeln, als es heute schon leider der Fall ist. Wir gratulieren den christlichen Organisationen zu derartigen Führern. Weiter fühlen wir es als eine unserer vornehmsten Pflichten, unsere Mitglieder auch zu politisch selbständig denkenden Menschen zu erziehen. Den Gimpelfang und Verrat, den „christliche" Arbeiter„führer" mit ihren eigenen Mitgliedern treiben, machen wir nicht. Oder ist es etwa keine Gaukelei, ist es kein Verrat, wenn „christliche" Gewerkschaftsführer ihre Mitglieder auffordern, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, dieselben Gewerkschaftsführer aber im Parlament für die Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel stimmen? Wir können die genosführten christlich organisierten Arbeiter nur bedauern. Wenn Heborn nun der Arbeiterschaft weiszumachen versucht: wenn die Mehrzahl der Feilenarbeiter „christlich" organisiert gewesen wäre, dann wäre sie mindestens vor schweren Enttäuschungen bewahrt geblieben, so müssen wir denn doch anfragen, warum der Feilenarbeiterstreik in Lindlar, der doch ebenfalls über ein halbes Jahr gedauert hat, vollständig ergebnislos abgebrochen werden mußte. Dabei muß man sich vor Augen führen, daß bei diesem Streik nur christlich organisierte Arbeiter in Betracht kamen. Im Remscheider Industriebezirk werden derartige Schreibereien, wie sie der christliche Beamte in Nr. 5 des Duisburgers verbrochen hat, keinen Eindruck machen. Unaufhaltsam marschieren die Ideen der modernen Arbeiterbewegung vorwärts und es wird der Tag kommen, wo auch der letzte Arbeiter, aufgeklärt über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, über die christliche Arbeiterbewegung zur Tagesordnung übergehen wird.

Klempner.

Düsseldorf. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte sind durch zwei Tarife geregelt, durch einen für die Installateure, der mit der Klempnerinnung vereinbart wurde, und einen Tarif, der mit der Dachdeckerinnung für die Dachdeckerklempner abgeschlossen worden ist. Nur ein Geschäft ist am Orte, das den Tarif nicht anerkennen will, die Ornamentenfabrik von A. Prött. Herr Prött gehört als „Fabrikant" keiner Innung an und glaubt deshalb, daß er machen kann, was er will. Der Betrieb ist aus diesem Grunde gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, auf Inserate nicht hineinzufallen.

Kopenhagen. In Jütland streiken die Klempner wegen Lohndifferenzen seit dem 15. Januar. Der bisherige Stundenlohn war 40 Oere. Wir verlangten, diesen zu erhöhen auf 50 Oere, doch begnügten wir uns nach einigen mit den Unternehmern geführten Verhandlungen mit 43 Oere für die ersten zwei Jahre, danach für die folgenden drei Jahre mit 45 Oere. Die Unternehmer boten uns 37 Oere pro Stunde und 5 Oere Bauzuschlag. Dies bedeutete eine Lohnreduktion für uns, und deshalb konnten wir den Streik nicht umgehen. Für Kopenhagen und die Inseln kündigten wir den Lohntarif zum 1. April. Auch die mit den Unternehmern dieser Bezirke geführten Unterhandlungen führten zu keinem Resultat. Die einzige Antwort der Herren Scharfmacher war „Lockout" (Aussperrung) für sämtliche Klempner in Dänemark. Seit 1. Februar sind also sämtliche Klempner Dänemarks ausgesperrt! Zuzug ist fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Bitterfeld. Die Arbeitsverhältnisse in dem Reparaturbetrieb der Hoch- und Tiefbaugesellschaft „Deutschland" verdienen es, einmal an die Oeffentlichkeit zu kommen. Die Herren Meister verstehen es hier sehr gut, die Kraft der Arbeiter aufs äußerste auszunutzen. Für Ueberstunden wird kein Zuschlag gewährt, obwohl in letzter Zeit bis nachts 12 und 2 Uhr gearbeitet werden mußte. Weigert sich jemand dessen, so kann er gehen. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn nicht garantiert und so ist es vorgekommen, daß fremde Kollegen nicht einmal den kärglichen Stundenlohn erreichen konnten. Daran haben die Kollegen zu einem Teile selbst die Schuld. Es wird eben drauflosgeschuftet, daß sie abends kaum noch die Knochen rühren können. Beschweren sich die Kollegen, so läßt man eine Probe durch länger im Betrieb Beschäftigte machen; diese sollen den Rausreißer machen, was selbst diesen nicht immer gelingt. Auf diese Weise bringen sie es aber fertig, organisierte Kollegen aus ihrer Stelle zu verdrängen. Die Stundenlöhne bewegen sich zwischen 30 und 40 ₰. Die Einrichtungen sanitärer Art sind mangelhaft; die Waschvorrichtung ist zu klein; die Beleuchtung ist ungenügend, besonders in der Schmiede, wo fast kein Tageslicht hineindringt. Und in diesem dunstgeschwängerten Raum muß im Schweiße das dürftige Brot verdient werden, denn Ventilation ist Luxus. Es ist an der Zeit, daß auch die Arbeiter in Bitterfeld zu denken anfangen und sich organisieren, denn nur durch eine geschlossene Organisation können sie ihre Lage verbessern. Darum, Kollegen, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Düsseldorf. (Christliche Waffenbrüderschaft.) Wie wir bereits berichteten, bestanden bei der „Controller-Gesellschaft" sehr schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, die uns veranlaßten, die Sperre zu verhängen. Bei dieser Angelegenheit hat der „christliche" Metallarbeiterverband eine derartig schofle Rolle gespielt, wie wir sie selbst zu des „christlichen" Peter Broichs Zeiten hier nicht erlebt haben. Um die christliche Unehrlichkeit richtig kennzeichnen zu können, wollen wir den Verlauf der Angelegenheit schildern. In dem Betriebe arbeiteten zirka 20 Mitglieder unseres Verbandes, aber kein „Christlicher". In der Versammlung, in der die Verhängung der Sperre beschlossen wurde, meldete sich nun ein „Christlicher", der mittlerweile, also während die Differenzen schwebten, dort angefangen hatte. Er wünschte die „Benachrichtigung seiner Organisation", erklärte aber, mit der Sperre einverstanden zu sein. Kollege Kahn, der die Sitzung leitete, setzte am andern Morgen auch den Beamten Leupke vom „christlichen" Verband telephonisch in Kenntnis. Er machte ihm zugleich den Vorschlag, gemeinschaftlich mit ihm bei der Firma vorstellig zu werden, ein nach Lage der Sache außerordentliches Entgegenkommen, und Leupke sagte auch zu. Kahn fragte nun wiederholt bei der Firma an, ob der Direktor zu sprechen sei, erhielt aber stets ausweichende Antworten. Zwei Tage später klingelte Leupke bei uns an und fragte, ob wir damit einverstanden wären, wenn ein zuverlässiger Kollege vom „christlichen" Verband, den er „gerade da habe", bei der „Controller" anfange, er halte das nach Lage der Sache für zweckmäßig. Diese Unverfrorenheit wurde natürlich nicht akzeptiert und Leupke gab sich auch zufrieden, er schickte den Mann nicht hin. Damit hatte er aber auch zugegeben, daß ihm die Sperre bekannt war und daß er sie auch anerkenne. Nun geschah aber etwas, was wir trotz aller trüben Erfahrungen auf diesem Gebiete nicht für möglich gehalten hätten. Obwohl wir den „christlichen" Verband in Kenntnis gesetzt und wir uns bereit erklärt hatten, gemeinschaftlich vorstellig zu werden, und obwohl nur ein christliches Mitglied im Betrieb war, ging Leupke hinter unserm Rücken zur Firma, übte Verrat, bekam natürlich Zugeständnisse, die die Direktion unter dem Druck der von uns verhängten Sperre machte und dann schickte er Leute hin. Fünf dieser „christlichen" Sperrbrecher haben schon angefangen. Einer allerdings hatte soviel Einsicht, wieder aufzuhören und zu uns überzutreten. Nachdem wir den niederträchtigen Streich des „christlichen" Verbandes erfahren hatten, ging uns auch ein Licht auf, warum der Direktor die Ausflüchte gemacht hatte. Er hatte ja einen Verbündeten bekommen in der Person des Herrn Leupke. In seinem Leiborgan, dem hiesigen Zentrumsblatt, behauptet nun der Obersperrbrecher, daß Kollege Kahn mit der Firma einen Vertrag abgeschlossen hätte, wonach der Mindestlohn bei Akkordarbeit 3,20 ℳ betragen solle und das sei bezeichnend, weil der ortsübliche Tagelohn 3,50 ℳ betrage. Diese Darstellung beruht auf Unwahrheit. Die betreffende Vereinbarung ist getroffen worden mit dem Arbeiterausschuß und Kollege Kahn stand vor vollendeten Tatsachen. Er hat den beteiligten

Kollegen Vorwürfe gemacht wegen des niedrigen Satzes. Allerdings war die Garantie dieses Satzes gegen den früheren Zustand, wo pro Tag 1 und 2 M. verdient worden sind, immerhin ein Fortschritt, den der Ausschuß, dessen meiste Mitglieder erst kurze Zeit dem Verbande angehörten, akzeptiert hatte. Die „Christlichen" entschuldigen ihre hinterhältigen Streiche meistens damit, daß man sie nicht benachrichtigt hätte. Das ist in diesem Falle geschehen, aber Verrat wurde trotzdem geübt. Man wird gut tun, in Zukunft diese Benachrichtigung möglichst zu unterlassen, denn verraten wird man ja doch. Die Sperre über die „Controller-Gesellschaft" ist von den Kollegen aufgehoben worden, sie hat dazu beigetragen, die Verhältnisse zu bessern, vollen Erfolg konnte sie nicht haben, weil die Firma christlich-gelbe Hilfe bekam.

Frankfurt a. M. Unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung tagte am 31. Januar im Gewerkschaftshaus. Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht sei folgendes entnommen: Das Jahr 1910 stand im Gegensatz zu den Vorjahren im Zeichen der aufsteigenden Konjunktur. Von einer Hochkonjunktur konnte allerdings noch keine Rede sein; besonders trat zum Schlusse des Jahres eine merkbare Stockung ein, so daß in einigen Betrieben zur Verkürzung der Arbeitszeit geschritten werden mußte. Diese Stockung wird noch wesentlich verschärft durch die am 1. Januar 1911 vollzogene Fusion der Felten & Guillaume-Lahmeyerwerke mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (A. E. G.) Berlin. Die Lahmeyerwerke haben damit ihre Selbständigkeit aufgegeben. Die Sucht nach Profit siegte über den Trieb der Selbsterhaltung. Ausschlaggebend für die Fusion dürfte das Sinken der Dividende der Lahmeyerwerke und die Steigerung der Dividende der A. E. G. gewesen sein. Während das Kapital eine Steigerung seines Profits erhofft, hat die Arbeiterschaft schwer zu leiden. Hunderte von Arbeitern, selbst Familienväter, die Jahrzehnte im Betrieb beschäftigt sind, werden mitten im Winter auf die Straße gesetzt und der Existenzlosigkeit preisgegeben. Die hiesige Metallindustrie ist in Monaten nicht in der Lage, die Arbeitslosen in sich aufzunehmen, so daß die Mehrzahl der Entlassenen zur Abreise gezwungen ist. Wir ersuchen, angesichts dieser Tatsachen, den Zuzug nach Frankfurt a. M. möglichst einzuschränken, da keine Aussicht auf Arbeit vorhanden ist. — Das Jahr 1910 war für die hiesige Verwaltungsstelle ein sehr erfolgreiches. Das Bestreben der Unternehmer, in den verflossenen Jahren der Wirtschaftskrise die Verdienste zu drücken, wie auch die gewaltige Preissteigerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse zwang die Kollegen, einen Ausgleich durch Lohnerhöhungen, Regelung der Akkordverhältnisse 2c. anzustreben. In vier Fällen kam es zur Arbeitseinstellung (Lahmeyerwerke 10 Tage, Naros-Union 12 Wochen, Schiele & Co. 8 Wochen, Günther & Co. 2 Tage). Der Streik im Betrieb der Naros-Union mußte ergebnislos abgebrochen werden, die übrigen Kämpfe dagegen zeitigten schöne Erfolge. Erheblich größer sind jedoch die Erfolge, die ohne Arbeitseinstellung erreicht werden konnten. An der Spitze dieser Bewegungen stehen die Bauschlosser. Außer diesen fanden in 41 Betrieben Bewegungen statt. Das Ergebnis war folgendes: Die erzielte Arbeitszeitverkürzung beträgt für 1994 Arbeiter 2913½ Stunden pro Woche, pro Jahr zu 50 Wochen 145 675 Stunden. Die Lohnerhöhung für 4090 Arbeiter beträgt 7919,48 M. pro Woche, pro Jahr 395 302 M. Andere Errungenschaften, wie Regelung der Akkordverhältnisse, Bezahlung von Wartezeit, Anerkennung von Arbeiterausschüssen, Freigabe des Samstagnachmittags lassen sich in Zahlen nicht ausdrücken. Auch die Agitation war eine sehr fruchtbringende. Das Ergebnis übersteigt selbst die kühnsten Erwartungen. Die wiederholten Aussperrungsandrohungen der Unternehmer haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Jahr 1910 war in agitatorischer Beziehung das erfolgreichste seit Bestehen der hiesigen Verwaltungstelle. Die Zahl der Aufnahmen war 4687, die Zunahme der Mitglieder 2696. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 10 022. Auch finanziell ist ein zufriedenstellendes Ergebnis zu verzeichnen. Obwohl von der Lokalkasse für Streiks und Maßregelungen 18 781 M. verausgabt wurden, erhöhte sich der Bestand der Lokalkasse um 17 800 M., er beträgt am Jahresschluß 100 448 M. Angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse am Orte müssen alle Kräfte angespannt werden, um die errungene Position zu erhalten. Zweifellos bedeutet die Betriebseinschränkung der Lahmeyerwerke, des bisher größten Betriebs am Orte, einen schweren Schlag. Dennoch muß es durch intensives Arbeiten gelingen, diese Scharte auszuwetzen. Nach einer statistischen Erhebung wurden in der hiesigen Metallindustrie inklusive Lahmeyer und von Metallarbeitern in fremden Industrien 19 500 Beschäftigte ermittelt. Das Organisationsverhältnis beträgt 60 Prozent. Möge der Erfolg des vorigen Jahres zur intensivsten Tätigkeit anspornen, um die uns heute noch fernstehenden Kreise von dem kulturellen Wirken der Arbeiterbewegung zu überzeugen.

München. Das Jahr 1910 brachte der Verwaltungstelle München viele harte und schwierige Arbeiten und Kämpfe. Der erzielte Erfolg belohnte aber reichlich die aufgewendete Mühe. Die Konjunkturverhältnisse lagen für die einzelnen Branchen der Metall- und Maschinenindustrie sehr verschieden, selbst in einzelnen Betrieben einer Branche waren sie nicht gleichmäßig. Im Lokomotivbau war die Firma Maffei sehr stark beschäftigt, es wurde in Tag- und Nachtschicht gearbeitet, während bei der Firma Krauß & Co. das Geschäft sehr flau ging. In der Sendlinger Filiale dieser Firma wurde zu Anfang und zu Ende des Jahres nur fünf Tage in der Woche gearbeitet. Im Waggonbau und der Motorenindustrie ging das Geschäft gut; ebenso in der kleineren und mittleren Maschinenindustrie. Die Industrie der Eisenkonstruktion lag danieder. Außerdem hatte sie unter dem Kampf im Baugewerbe und besonders unter der veränderten Bauweise (Eisenbeton) schwer zu leiden. Das Eisenwerk München hat zu existieren aufgehört und damit die daselbst gezüchteten Gelben, die einzigen in München. Die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehenden Berufe hatten nach Beendigung der Aussperrung einen guten Geschäftsgang zu verzeichnen. Dies sind die Kunst- und Bauschlosser, Spengler, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Elektromonteure und die Jalousienarbeiter. Die mechanische und optische Industrie war gut beschäftigt. Im Edelmetallgewerbe, den Feilenhauereien und Zinngießereien ging das Geschäft schlecht. In letzteren macht sich besonders der Gebrauch des unbeschlagenen Geschirrs sehr fühlbar. Im Blattmetallgewerbe herrscht immer noch ein erbitterter Kampf zwischen den mechanischen Hämmern und der Handarbeit. Die Maschine verdrängt unerbittlich die Handarbeit. Eisen- und Stahlgießereien waren gut beschäftigt. Zu Ende des Jahres setzte auch wieder eine flotte Tätigkeit in den Artilleriewerkstätten ein. Im allgemeinen ist eine wesentliche Besserung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen. Die Besserung kommt auch in den Summen für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zum Ausdruck. Es wurden in runden Summen ausbezahlt an:

	1908	1909	1910
Arbeitslosenunterstützung . .	48 800 Mk.	88 300 Mk.	42 800 Mk.
Krankenunterstützung . . .	68 400 „	82 300 „	67 400 „
Erwerbslosenunterstütz. zus.:	117 200 Mk.	170 600 Mk.	110 200 Mk.

Die Mitgliederzahl stieg von 7505 auf 9012, hat daher eine Zunahme von 1507 erfahren, darunter sind 476 weibliche und 103 jugendliche Mitglieder. Auf jedes Mitglied treffen 51,3 Beiträge im vergangenen Jahr. Die gegnerischen Arbeiterorganisationen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes haben in der Metallindustrie München gar keine Bedeutung. Der „christliche" Metallarbeiterverband hatte Ende 1909 284 Mitglieder angegeben. Im dritten Quartal 1910 war der Verband glücklich bei 250 angekommen. Die Hirsch-Dunckerschen, die ihre Mitgliederzahl wohlweislich geheimhalten, sind mit 57 Mitgliedern vertreten, die Anarcho-Lokalisten vielleicht mit einem Dutzend. Gelbe sind nicht mehr sichtbar. Der Arbeitsnachweis hatte eine stark steigende Frequenz, die Zahl der Arbeitsvermittlungen hat sich stark erhöht. Der neugegründete Arbeitsnachweis des Bayerischen Metallindustriellenverbandes hat unsern Arbeitsnachweis nicht beeinträchtigt. Dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder des Verbandes entspricht eine umfangreiche Bibliothek. Sie umfaßt nahezu 2000 Bände und hat sich einer guten Benützung zu erfreuen. Zur Erledigung der Agitation und der Bewegungen waren zusammen mehr als 800 Versammlungen und Sitzungen notwendig. Der schriftliche Verkehr weist an Ein- und Ausläufen zusammen 19 303 Stück auf, gegen 1909 eine Mehrung von 4275 Stück. An Bewegungen war das Jahr 1910 sehr reich. Die Inangriffnahme und Durchführung der Bewegungen wurde sehr stark von der Aussperrung im Baugewerbe und dem Kampf auf den Schiffswerften beeinträchtigt. Die 44 (im Vorjahre 28) durchgeführten Bewegungen galten in ihrer Mehrzahl ganzen Branchen und Berufen. Bei den 44 Bewegungen waren fünf mit Arbeitseinstellung, 39 ohne solche. Größere Bewegungen waren: die der Spengler, Monteure und Helfer; die Kupferschmiede schlossen einen neuen Tarifvertrag ab, der ihnen 6 ₰ Lohnerhöhung die Stunde brachte. Die Kunst- und Bauschlosser erreichten ebenfalls einen neuen Vertrag, der ihnen eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche und 7 ₰ Stundenlohnerhöhung zusprach. Bei der Firma Leicher traten die Arbeiter wegen Anerkennung dieses Schlossertarifes in Streik. Für die Maschinisten, Schlosser und Schmiede auf Bauten wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der ihnen die für das Baugewerbe vorgesehene Arbeitszeit (½ Stunde Verkürzung pro Tag vom 1. April 1911 an) und Steigerung der Stundenlöhne von zusammen 10 bis 12 ₰ brachte. In der Großindustrie fanden bei den Firmen die Bewegungen einzeln statt. Lohnerhöhungen von 2 und 3 ₰ wurden erreicht bei den Firmen Krauß & Co., Motorenfabrik, Kustermann, Ratgeber und Maffei. An dem Streik der Gußputzer der Firma Kustermann waren auch Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beteiligt. In der Waggonfabrik Ratgeber wurde der Neunstundentag erreicht. Durch die Bewegung in der kleineren und mittleren Maschinenindustrie wurde eine Arbeitszeitverkürzung (56stündige Arbeitszeit wöchentlich) und 3 bis 7 ₰ Lohnerhöhung erreicht. Im Metallwarengewerbe wurden 2 bis 4 ₰ Lohnerhöhung erreicht. In der Armaturenfabrik „Automat" kam es dieserhalb zum Kampf. Die Elektromonteure erreichten nach vierwöchigem Kampfe den Neunstundentag, 5 ₰ Lohnerhöhung und Umrechnung, sowie Erhöhung der Zulagen. Für die Orthopädie- und Chirurgiemechaniker wurde der Tarif erneuert. Er brachte 5 Prozent Lohnerhöhung und Urlaubsgewährung. Durch den Streik bei der Firma Gebrüder Beißbarth (Automobilfabrik) wurde die Erneuerung des Tarifvertrages und 2 ₰ Lohnerhöhung erreicht. In den Gießereibetrieben von Maffei, Kustermann, Zellerer und Krautheim & Co. fanden Lohnerhöhungen von 2 und 3 ₰ statt. Die Bewegung in der Edelmetallindustrie zeitigte den Neunstundentag und Lohnerhöhungen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war hier in der Lage, im Jahre 1910 für 8681 Personen eine Lohnerhöhung von 14 940 M. wöchentlich und für 2603 Personen 5630 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. An Arbeitszeitverkürzung trifft pro Kopf und Woche auf die Beteiligten 2 Stunden 10 Minuten, an Lohnerhöhung 165 M. Bestimmte Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen am Ende des Jahres 1910 24 (1909: 28) für 5171 Personen (1909: 3825) in 1084 Betrieben (1909: 888). An Unterstützung bei Streik und Maßregelung wurden 61 891 M. (1909: 24 333 M.) ausgegeben. Die Erfolge geben einen deutlichen Beweis für die Leistungsfähigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Das Kassengeschäft hat ebenfalls eine bedeutende Steigerung erfahren. Die Hauptkasse schließt ab mit 238 398,90 M. an Einnahmen, 209 529,77 M. an Ausgaben und 28 869,13 M. Kassenbestand. Die Lokalkasse weist 239 543,43 M. an Einnahmen, 107 795,37 M. an Ausgaben und 131 748,06 M. Kassenbestand auf. Zusammen an Einnahmen 477 942,33 M., an Ausgaben 317 325,14 M., Kassenbestand 160 617,19 M. Außer den bereits erwähnten Unterstützungen bei Erwerbslosigkeit und bei Bewegungen wurden noch ausgegeben an Reisegeld 6385 M., bei Notfällen 2655 M., an Sterbegeld 2320 M., bei Uebersiedlung 935 M., an Rechtschutz 136 M. An die Hauptkasse wurden eingesandt 30 000 M. Angesichts der drohenden Kämpfe und der immer skrupelloser das Haupt erhebenden Reaktion ist es freudig zu begrüßen, daß gerade die Metallarbeiter die politische Vertretung der Arbeiterklasse in den Parlamenten und die Bedeutung der Arbeiterpresse immer mehr und mehr schätzen lernen. Die Metallarbeiter werden auf dieser für richtig befundenen und allein zum Ziele führenden Bahn auch in diesem Jahre rüstig vorwärts schreiten.

Solingen. Auf Samstag den 28. Januar, abends 7½ Uhr, hatte unsere Verwaltungstelle eine Volksversammlung in die Schützenburg einberufen, in der Kollege Rapp gründliche Abrechnung mit den Führern des Industriearbeiterverbandes hielt. Er sprach über das Thema: „Warum hat der Industriearbeiterverband seine Unterschrift unter dem Tarif der Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co. zurückgezogen?" In einer längeren Rede schilderte Rapp die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit hier abgespielt haben. Bei Weyersberg, Kirschbaum & Co. bestand schon seit längerer Zeit die unverkennbare Absicht, Abzüge über Abzüge zu machen. Wir fragten uns, wie es nur möglich sei, daß sich die Kollegen das so lange gefallen lassen. So wurde für das Schmirgeln der Rahmen der Preis auf einmal von 45 ₰ auf 19 ₰ reduziert, was nun selbstverständlich eine Entrüstung unter den Kollegen hervorrief. Seit zwei Jahren gab es dort ständig Differenzen. Während der Depression war es nicht möglich, dagegen etwas zu unternehmen. Als aber eine bessere Konjunktur eintrat, faßten wir den Vorsatz, dort einmal anzufassen und gründlich mit der Firma abzurechnen. Ich — führte Rapp aus — erklärte damals in einer kombinierten Versammlung, daß, wenn wir mit der Firma etwas anfangen wollen, wir vor allen Dingen versuchen müssen, dort geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen, das heißt Tarifverträge zu schaffen, damit der Firma die willkürliche Festsetzung der Preise unmöglich gemacht wird. Auch der Vorsitzende des Industriearbeiterverbandes, Böhmer, erklärte damals, lange genug mit Weyersberg, Kirschbaum & Co. in Fehde gelegen zu haben, es sei endlich an der Zeit, mit ihr einen Tarif abzuschließen. Wir sagten uns damals, wir wollen die Tarife auf den bestehenden Verhältnissen aufbauen, so wie bei verschiedenen anderen Firmen, bei denen in der Zwischenzeit die Tarife unterzeichnet worden sind (Rob. Hermes, Lüttges und Engels). Bei Weyersberg, Kirschbaum & Co. nahm die Aufstellung des Tarifes längere Zeit in Anspruch als bei den anderen Firmen. Ich sagte damals schon, weil ich die Praktiken von Weyersberg, Kirschbaum & Co. kannte und die meisten der Kollegen erst neu in der Organisation waren: Wir können in diesem Jahre den Tarif nicht durchdrücken; wir warten am besten noch ein Jahr. Aber die Dränger bei dieser ganzen Sache waren die Kollegen des Industriearbeiterverbandes, die mit aller Gewalt den Tarif durchgedrückt wissen wollten. Dabei tat sich besonders der Branchenführer der Industrieverbändler, Lange, hervor. In Nr. 38 (1910) des Stahlwarenarbeiters (Organ der Lokalorganisation) erließ er folgende Erklärung: „Das Verfahren, welches hier der Metallarbeiter-Verband an den Tag gelegt hat, läßt nur den Schluß zu, daß er wohl Versprechungen macht, um zahlende Mitglieder zu erhalten, sobald es aber an die Erfüllung des Versprochenen gehen soll, mit allen Mitteln versucht wird, die Bewegung so lange hinzuhalten, bis sie im Sande verläuft. Inzwischen hat er aber die Beiträge, und dies ist wohl auch der alleinige Zweck der ganzen Uebung. Dies zur Steuer der Wahrheit. Kollegen, zieht eure Lehre daraus!" — In einer weiteren Versammlung bei Surres wies ich wiederholt darauf hin, wie gefährlich es sei, den Tarif schon einzureichen, es wäre besser, noch ein Jahr zu warten. Ich wurde aber überstimmt. Die größten Schreier in dieser Versammlung waren die Kollegen vom Industriearbeiterverband, wie dies ja auch der heute anwesende Kollege Heborn von der christlichen Organisation wird bestätigen können. (Heborn gibt dies zu.) Ich kannte die Treiber und warnte davor. Von dieser Versammlung aus versuchte man durch den Stahlwarenarbeiter, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben. Es werden mir dort Worte in den Mund gelegt, die ich niemals gebraucht habe. Das schönste an der Sache ist, daß der Stahlwarenarbeiter in Nr. 45 (1910) in dem erwähnten Versammlungsbericht das schreibt, was er heute mit frecher Stirn bestreitet. In der Versammlung wurde ein Antrag eingebracht und angenommen, und zwar einstimmig, den Tarif noch in diesem Jahre einzureichen. Ein weiterer Antrag, den Tarif am 15. Dezember 1910 einzureichen, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Der Tarif wurde durch mich am 21. Dezember eingereicht mit den Unterschriften der drei in Betracht kommenden Verbände. Nachdem der Tarif eingereicht war, erhielten wir schon einige Tage nachher ein Schreiben von der Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co., „nicht mit den Vertretern der Organisationen verhandeln zu wollen. Sie habe bisher nur mit ihren einzelnen Arbeitern über deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt und die Arbeiter seien zufrieden gewesen. Dieses gute Verhältnis wolle sie sich nicht von den Organisationen zerstören lassen." Daß die Arbeiter nicht zufrieden gewesen, wissen die Kollegen am besten, denn sonst hätten sie doch keinen Tarif einzureichen brauchen. Ein „patriarchalisches Verhältnis" hat wohl nie zwischen den Arbeitern und der Firma bestanden. Das geht schon daraus hervor, daß ich im letzten Jahre bei der Firma öfter die Wünsche der Arbeiter habe vertreten müssen. Als die Firma auf die berechtigten Wünsche der Arbeiter meistens nicht einging, überlegten wir, was zu tun sei und nahmen in einer Sitzung der Vertrauensmänner am 20. Januar 1911 Stellung zu den Dingen. Beschlossen wurde, daß eine von den Kollegen gewählte Kommission vorstellig werden solle. Die Kommission setzte sich aus fünf Fahrradarbeitern und drei Haarmaschinenarbeitern zusammen, sie wurde vorstellig, erreichte aber nichts. Von Dr. Hornung, dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, wurde mir mitgeteilt, daß die Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co. nicht in der Lage sei, den Tarif anzuerkennen, weil die einzelnen Operationen präzisiert werden müßten, wodurch die Firma in die Meinung versetzt werde, es würden dadurch Geheimnisse verraten. Weiter stehe die Firma auf dem Standpunkt, daß es überhaupt deswegen schon nicht angängig sei, einen Tarif anzuerkennen, weil alle Tage oder Wochen Neuerungen eintreten würden, über die unmöglich im voraus bestimmt werden könnte. Dann könne sie im weiteren aber auch schon wegen ihrer Kalkulation nicht im voraus die Preise für die einzelnen Operationen bestimmen. Dies alles war dazu angetan, die Abmachungen in die Länge zu ziehen. Dies brachte die Firma auch unverblümt zum Ausdruck, indem sie sagte, im Juni oder Juli sei sie bereit, die Preise zu regulieren. Daß darauf die Arbeiterschaft nicht eingehen konnte, ist selbstverständlich; die Arbeiter sind nicht so dumm, dann zu streiken, wenn es dem Unternehmer gefällt. (Beifall.) Am Mittwoch den 25. Januar erstattete ich im Namen der Kommission in einer Werkstattversammlung im Kaisersaal Bericht. In der Versammlung wurde ein sehr merkwürdiges Spiel getrieben. Die Führer des Industriearbeiterverbandes beschwerten sich zunächst, daß unter der Einladungsannonce in der Bergischen Arbeiterstimme der Name des christlichen Metallarbeiterverbandes gefehlt habe. Ich erklärte darauf, daß sich ein Kollege der christlichen Organisation dahin geäußert habe, sie wollten ihren Namen nicht in der Bergischen Arbeiterstimme mit veröffentlicht haben. Der anwesende Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes war mit dieser Erklärung zufrieden. Anders aber die Führer des Industriearbeiterverbandes, die dahinter schon wieder einen Verrat witterten. Sie sagten, sie hätten ihre Zustimmung nicht gegeben, was bei den Anwesenden in der Versammlung am 25. Januar allgemeine Heiterkeit erregte. Dabei zeigte sich für den aufmerksamen Beobachter schon das Spiel, das es geben sollte. Sie suchten schon damit einen Grund, um von der ganzen Bewegung zurücktreten zu können. Wenn sie Anstoß an der Annonce nahmen, warum hatten sie dann nicht am Dienstagnachmittag, nach Erscheinen der Arbeiterstimme, telephonisch auf unserem Bureau dagegen Einspruch erhoben? Als sie sahen, daß sie mit derartigen Mätzchen nicht durchkamen, erklärten sie auf einmal: „Wir können in dieser Versammlung nicht zur Abstimmung schreiten, weil wir den Instanzenweg noch nicht beschritten haben." Sonst hörte man immer von diesen Leuten, der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei in Solingen nicht in der Lage, etwas zu machen, weil er erst den schwerfälligen Instanzenweg beschreiten müsse. Heute, wo man Farbe bekennen muß, ob man überhaupt gewillt ist, etwas für die Fabrikarbeiter zu tun, lautet es ganz anders. Seit Mitte Dezember war der Tarif eingereicht, die Bewegung dauert schon seit Juni vorigen Jahres, aber der Industriearbeiterverband hatte es bisher nicht für nötig gehalten, diese Bewegung seiner Vertretersitzung vorzulegen! (Ein allgemeiner Entrüstungssturm der Versammlung war die Antwort auf das Verhalten von dieser Seite.) Rapp schilderte dann der Versammlung, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband sehr wohl in der Lage sei, innerhalb weniger Stunden eine Bewilligung für einen Streik zu haben, viel schneller als der Industriearbeiterverband mit seinen „souveränen Branchen". Aber wir haben, sagte Rapp weiter, hier seit Bestehen des Industriearbeiterverbandes die Beobachtung gemacht, daß System in der Sache liegt. Hier zeigte sich, daß der Industriearbeiterverband bei Streiks, die etwas kosten, schwerfällig ist und erst die Instanzen durchgehen muß. Wo der Industriearbeiterverband schwach beteiligt ist, da spielt er den Radikalen, da werden Wände eingerannt. Sobald aber die Zahl seiner beteiligten Mitglieder über 30 oder 40 hinausgeht, dann zeigt es sich, daß er gar nicht imstande ist, eine größere Bewegung durchzuführen. Der Stahlwarenarbeiter hat stets gesagt: „In Solingen gibt es keine Aussperrungen!" Jetzt, wo die Tatsachen diese Behauptung Lügen strafen und dem Industriearbeiterverband die erste große Aussperrung drohte, da liegt er auf den Knien und fleht um Gnade. Witte vom Industriearbeiterverband ist auch privatim bei Direktor Dißmann gewesen. Wenn ich das getan hätte, dann hätte man wohl schon am Mittwoch die Erklärung abgegeben, die dann am Freitag den 27. Januar fiel. (Allgemeines sehr richtig!) Ebenso hat Böhmer den Direktor Dißmann telephonisch angerufen, uns, die wir doch mitbeteiligt waren, davon aber nicht benachrichtigt. Daß ich in der Mittwochversammlung über die Genehmigung zum Streik nichts gesagt habe, hatte seinen guten Grund. In unserm Verband wird stets die definitive Erklärung, ob der Hauptvorstand die Genehmigung zum Streik erteilt hat oder nicht, erst unmittelbar vor der entscheidenden geheimen Abstimmung über den Streik selbst abgegeben, nicht aber schon zwei Tage vorher, wenn beschlossen worden ist, noch einmal vorstellig zu werden, wie das am Mittwoch geschehen ist. Hätte ich da gesagt: „Wir haben die Genehmigung zum Streik schon", dann hätte der Unternehmer gesagt: „Euch ist das Verhandeln ja gar nicht ernst, der Streik ist ja schon beschlossene Sache für euch." (Sehr richtig!) Wir müßten schlechte Taktiker sein, wenn wir dem nicht vorbeugten. Ich habe in der Mittwochversammlung aber klar und deutlich gesagt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nach jeder Richtung hin seine Schuldigkeit tun würde. Darüber haben die Industrieverbändler ein wahres Indianergeheul angestimmt, und Witte erklärte am Schlusse der Versammlung: „Jetzt können wir nicht mehr mitmachen und werden nicht mehr mitmachen!" — hier habt ihr den Verrat. (Pfuirufe.) Diese Aeußerung von Witte gab mir zu denken, was denn eigentlich von dieser Seite geplant ist; ferner die Tatsache, daß der Meister Grimm (bei Weyersberg, Kirschbaum & Co.) einem unserer Kollegen erklärt hat: „Tritt doch in den Industriearbeiterverband über, dann brauchst du nicht zu streiken!" (Allgemeine Pfuirufe!) Ich mußte nun aber damit rechnen, daß wir vom Industriearbeiterverband im Stich gelassen würden. Da ich die Verantwortung für 500 Kollegen, meist Familienväter, hatte, war ich in einer sehr schwierigen Situation. Der Tarif war eingereicht, die Firma drohte mit der Aussperrung, und nun schien sich die eine Organisation zurückziehen zu wollen. Ich fragte nun bei Dr. Hornung an, ob die Aussperrung sich auf den Industriearbeiterverband, wenn derselbe seine Unterschrift unter den Tarif zurückziehe, mit erstrecken werde oder nicht. Dr. Hornung sagte mir, darüber könne er keine Auskunft geben, das sei Sache der Firma. Ich sagte darauf, ich müßte das wissen, eventuell könne es sonst kommen, daß die, die auf Einreichung des Tarifes gedrängt hätten, weiterarbeiten und die übrigen, die sich den ersteren nur angeschlossen hätten, ausgesperrt würden. Am Freitag waren dann Verhandlungen mit der

Firma. Ich sagte dabei, es wäre ganz unmöglich, daß Fabrikationsgeheimnisse durch den Tarif preisgegeben würden. Wir würden uns zudem verpflichten, den Tarif in unserm Archiv zu verschließen und nur den beteiligten Organisationsvertretern davon Kenntnis geben. Aenderungen in den Modellen ließen sich ja im Tarif entsprechend berücksichtigen. Sollten bei einzelnen der Tarifpositionen Differenzen entstehen, dann wären wir gerne zu Revisionen bereit; uns läge vor allem an dem Tarif als Ganzem. Der Direktor Hartkopf aber erklärte: „Nur wenn der Tarif dauernd zurückgezogen wird, sehen wir von der Aussperrung ab!" Am Donnerstagmorgen telephonierte ich nochmals Dr. Hornung an und ersuchte ihn, bei Direktor Dißmann anzufragen, ob er uns am Freitagmorgen empfangen wolle. Darauf erhielt ich am Donnerstagabend folgendes Schreiben vom Arbeitgeberverband: „Solingen (Brüderstraße 36), 26. Januar 1911. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Hier. Unser Mitglied, die Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co., teilt uns mit, daß sie am schwarzen Brett ihrer Fabriken heute folgenden Anschlag veröffentlicht hat: ‚Bekanntmachung. Um Mißverständnissen vorzubeugen, geben wir hiermit bekannt, daß wir bei den vorliegenden ungerechtfertigten Forderungen der Arbeiterorganisationen, welche den Interessen unserer Firma zuwiderlaufen, oder einseitige Maßnahmen gegen uns bilden, unsere drei Fabriken ohne weiteres schließen werden, selbst wenn auch nur eine einzige Abteilung in Betracht kommt. Die Entscheidung hierüber muß bis morgen mittag 12 Uhr gefallen sein.' Die Firma wünscht, wie sie uns mitteilt, eine bündige Erklärung darüber, ob die gestellten ungerechtfertigten Forderungen, welche den Interessen der Firma zuwiderlaufen, oder einseitige Maßnahmen in sich schließen, dauernd zurückgezogen werden sollen oder nicht. Im letzteren Falle wird die Firma morgen Freitag den 27. dieses Monats mittags 12 Uhr eine Totalaussperrung aller in ihren drei Fabriken beschäftigten Arbeiter vornehmen. Wir bitten, sich zu der von Ihnen nachgesuchten Besprechung, welche morgen vormittag 10½ Uhr bei der Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co. stattfinden kann, über Ihre Entscheidung schlüssig zu werden. Hochachtungsvoll Verband von Arbeitgebern im Kreise Solingen. Dr. Hornung." — Wir waren uns über den Ernst der Situation völlig klar, aber auch darüber, daß wir den Tarif nicht mehr zurückziehen könnten, als wir am Freitagmorgen mit den Führern des Industriearbeiterverbandes und des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Wirtschaft Schumacher in der Cronenbergstraße zusammentrafen, um gemeinsam zur Firma zu gehen. Ich sagte zu den Kollegen Heborn und Böhmer, wir könnten nicht mehr zurück. Kollege Heborn stimmte dem zu, die Industrieverbändler aber schwiegen. Bei der Firma sagte dann der Kollege Witte vom Industriearbeiterverband, er verstehe nicht, wie die Firma alle Arbeiter aussperren könne, da doch kein Streik bestehe und die Sache aus der Initiative des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes entstanden sei. (Pfuirufe!) Herr Direktor Dißmann erwiderte ihm, das stimme doch wohl nicht ganz. Herr Hornung habe ihm heute früh mitgeteilt, Herr Rapp habe ihm gesagt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit der Bewegung noch habe warten wollen, daß aber die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes darauf gedrängt hätten, schon jetzt vorzugehen. Kaum hatte Herr Dißmann das gesagt, da rief Witte: „Das ist Arbeiterverrat! Hiermit ziehe ich meine Unterschrift zurück!" (Lebhafte Pfuirufe!) Also, Kollegen, weil ich im Gespräch mit Herrn Dr. Hornung eine Tatsache erwähnt habe, die seit Wochen bekannt war, die der Stahlwarenarbeiter — ich habe das vorhin ja verlesen — am 11. November selber veröffentlicht hat und die daher der Firma doch auch kein Geheimnis mehr war, deshalb soll ich nun Arbeiterverrat verübt haben. Das ist einfach eine leere Ausrede, um den Rückzug zu decken, den der Industriearbeiterverband aus Angst vor der Aussperrung antreten mußte. (Sehr richtig!) Kollege Heborn und ich waren zuerst baff, als wir das von Witte hörten. Ungefähr fünf Minuten haben wir uns nun in Gegenwart der Unternehmer einander Vorhaltungen gemacht und dann kam es zu folgenden schriftlich formulierten Erklärungen, die in folgender Reihenfolge abgegeben wurden: „Industriearbeiterverband. Ich erkläre im Namen des Industriearbeiterverbandes, daß wir die Forderungen wegen des Fahrradtarifes zurückziehen, weil der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dem Herrn Dr. Hornung erklärt hat, daß wir die Bewegung eingeleitet hätten. Witte." (Pfuirufe.) „Christlicher Metallarbeiterverband. Ich erkläre auf Grund dessen, daß der Industriearbeiterverband den Tarif zurückgezogen hat, wir ihn unsererseits auch zurückziehen, weil er dann ja selbstverständlich aussichtslos ist. Heborn." „Deutscher Metallarbeiter-Verband. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband erklärt durch Herrn Rapp, daß wir den Tarif zurückziehen, aus dem Grunde, weil von seiten des Industriearbeiterverbandes auch der Tarif zurückgezogen worden ist. Rapp." — So, Kollegen, ist der Sachverhalt. Wenn nun in dem Flugblatt des Industriearbeiterverbandes frech und dreist behauptet wird, ich hätte den Tarif zuerst zurückgezogen, so ist das purer Schwindel zu dem Zweck, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Man suchte eben nach einem „Grunde", weil es sich hier um Fabrikarbeiter handelt, deren Groschen man zwar stets gern genommen hat, um sie gegebenenfalls den Schleifern zu opfern. (Allgemeiner Beifall.) Es ist nun für die Solinger Arbeiterschaft der Zeitpunkt gekommen, einsehen zu lernen, daß nur Zentralgewerkschaften in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten. Als ich in der Mittwochversammlung zum Klassenkampf aufforderte, sagte Witte, es gebe auch noch andere Mittel, die man anwenden könne, es gebe auch noch Personen, an die man sich in Solingen wenden könne. (Pfuirufe.) Kollegen, das sind nicht die Mittel, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband anwendet, sondern wir sind verpflichtet, die Arbeiterschaft auf die wirtschaftlichen Gegensätze aufmerksam zu machen, sie also zu Klassenkämpfern zu erziehen. Wir müssen die Kollegen auch zum Sozialismus erziehen, das ist unsere Pflicht. Vergegenwärtigen wir uns doch die Dinge, wie sie hier liegen: Mit der Kappe in der Hand geht man betteln zum Kommerzienrat Coppel und anderen. Aber uns beschuldigt man des Verrats. (Pfuirufe.) Uns stellen die Führer des Industriearbeiterverbandes auf eine Stufe mit Lehrling und Konsorten. Nicht allein mich, sondern auch unseren Kollegen Schlicke und die Führer der anderen Zentralorganisationen. Dieses Spiel wird seit Juni vorigen Jahres wieder in dem Stahlwarenarbeiter getrieben, und zwar in der gemeinsten, allen gewerkschaftlichen Traditionen hohnsprechenden Weise. Wir haben lange genug zu diesen Dingen geschwiegen. Aber immer schweigen geht nicht. Schon lange wurden wir von unseren Kollegen bestürmt, uns diese nicht mehr gefallen zu lassen, und wir werden von uns an diese Schmutzartikel nicht mehr über uns ergehen lassen; wir werden antworten. Hinter ihrem ganzen Gebaren wollen die Führer des Industriearbeiterverbandes nur ihre Schwäche verdecken. Sie haben noch einen Grunde gesucht, um den Kampf nicht führen zu müssen, und sie haben zu dem unsaubersten Mittel gegriffen, indem sie mich des Arbeiterverrats bezichtigen. (Pfuirufe.) Ich habe die Ueberzeugung: wenn die Kollegen alle bei uns organisiert wären, dann hätten wir auch bei der Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co. den Tarif durchgedrückt. Das muß in Zukunft unser aller Bestreben sein, die Arbeiterschaft in Solingen in einer Organisation zu vereinigen. Deshalb sage ein jeder für das Wachsen und Blühen der Zentralverbände. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) In der Diskussion führt zunächst Schulten aus: Ich bin mir schon lange darüber klar gewesen, daß der Industriearbeiterverband oder richtiger die „Solinger Schleiferinnung" nicht mitmachen würde, wenn bei einer Lohnbewegung die Interessen der Fabrikarbeiterin in Frage kommen. Der Industriearbeiterverband kann keine 200 Arbeiter auf dem Pflaster liegen haben. Im Kleinen ist er groß, wenn nur ein paar Mitglieder in Frage kommen, bei großen Bewegungen aber hält er zurück. Die Fabrikarbeiter haben daher alle Ursache, dem Industriearbeiterverband den Rücken zu kehren. Wir werden nicht die Lohnarbeiter von jener Seite bekämpfen! Hieß es doch erst vor einigen Tagen in einem Inserat der Scherenschleifer in der Arbeiterstimme: „Wer in Lohn schleift, wird aus der Organisation ausgeschlossen!" Wer als Fabrikarbeiter im Industriearbeiterverband ist, kann zahlen für die Messerschleifer. Es fehlt dort ja an dem finanziellen Rückhalt. Ich war ja selber Kassierer im Messerschleiferverein und weiß, daß das Kapital, das kürzlich für die neu eingerichtete Sterbekasse festgelegt worden ist, das einzige ist, das da war. Bei Weihnachtsbescherungen und ähnlichen Anlässen, da bettelt man dann bei Alex. Coppel und ähnlichen Leuten. Spiegel (Düsseldorf) führt unter anderm aus: Seit Jahren haben die Führer des Industriearbeiterverbandes Schindluder getrieben mit den Interessen der Kollegen. Uns will man jetzt unterstellen, es wäre uns nicht ernst gewesen mit der Lohnbewegung bei Weyersberg, Kirschbaum & Co., weil Rapp in der Mittwochversammlung im Kaisersaal nicht angegeben hat, ob vom Hauptvorstand in Stuttgart die Genehmigung zum Streik erfolgt sei oder nicht. Wenn der Industriearbeiterverband keine allgemeine Aussperrung vertragen kann, dann hätte er es von vornherein sagen müssen. Wenn die Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co. sich hinter Fabrikationsgeheimnisse und die Veränderlichkeit der Modelle zurückziehen möchte, so muß ich bemerken, daß wir in einer ganzen Anzahl Fahrradfabriken Tarifverträge abgeschlossen haben und nach Schluß der Verhandlungen nicht selten von der Fabrikleitung im ganzen Betriebe herumgeführt worden sind, wobei man uns alle Fabrikationsoperationen erklärte, ohne Furcht vor einem Verrat von Fabrikationsgeheimnissen. Die Saison in der Branche ist im Herbst. Würden die Preise im Juni festgesetzt, kämen die Arbeiter nicht auf ihre Rechnung. Wenn nicht die große Zerfahrenheit in Solingen herrschte, dann wäre auch hier ein anderer Abschluß möglich gewesen ohne Streik. Wenn der Industriearbeiterverband uns sofort nach der Ablehnung der Forderungen durch die Firma Weyersberg, Kirschbaum & Co. gesagt hätte, er müsse zurücktreten, weil die Durchsetzung ihm finanziell nicht möglich sei, dann hätten wir unsere Kollegen zu bewegen versucht, die Forderungen zurückzustellen, um diese Blamage zu ersparen. Albers: Die Führer des Industriearbeiterverbandes hatten bei dieser Lohnbewegung von vornherein keine redliche Absicht. Des öfteren haben sich Mitglieder des Industriearbeiterverbandes von Weyersberg, Kirschbaum & Co. darüber beschwert, daß in letzter Zeit in den Sitzungen die offiziellen Vertreter des Industriearbeiterverbandes gefehlt haben. Gestern abend haben es die Kollegen von Weyersberg, Kirschbaum & Co. in der Reichspost selbst gesagt, daß zwei Mitglieder des Industriearbeiterverbandes die Dränger gewesen seien. Jetzt möchte man das bestreiten. Der Industriearbeiterverband erklärte, erst den Instanzenweg gehen zu müssen, wir aber sollten sofort sagen, ob der Streik bewilligt sei. Das ist doch ein krasser Widerspruch. Wie wenig ehrlich man auf jener Seite ist, erhellt aus der uns gemachten Mitteilung, wonach leitende Personen des Industriearbeiterverbandes zu den Branchenführern gesagt haben sollen, sie sollten an den Mitgliedern vorbeigehen und ihnen sagen, gegen den Streik zu stimmen. Metternich führte aus, daß der Industriearbeiterverband, wenn fünf Mann von ihm an einem Streik beteiligt sind, großen Tamtam mache, seien es aber schon dreißig Mann, dann weiche er feige zurück. Das sei jedem gebürtigen Solinger längst bekannt. Für die Fabrikarbeiter habe der Industriearbeiterverband nie etwas getan. Im Jahre 1900, als die alten Solinger Fachvereine noch bestanden, waren es schon die Messerschleifer, die die übrigen Branchen unterdrückten. Langenberg, der damalige Vorsitzende des Messerschleifervereins und jetziger spiritus rector des Industriearbeiterverbandes, hat uns schon damals entgegengewirkt. Er stimmte mit den Fabrikanten für die Aufhebung des Streiks. Wir standen noch auf Posten und hatten keine Ahnung, daß bereits die Entscheidung über uns gefallen war. Genau so haben es die Führer des Industriearbeiterverbandes jetzt wieder gemacht, und sie besitzen dann noch die Dreistigkeit, alles auf die Kollegen Rapp zu schieben. Bei Perres, wo gemeinsame Interessen vorlagen, zog der Industriearbeiterverband sich auch im letzten Augenblick zurück. Wir, die eingeborenen Solinger, kennen diese Leute zur Genüge und werden auch danach zu handeln wissen. (Allgemeiner Beifall.) Heborn (christlich): Ich wollte eigentlich nicht reden, jetzt aber muß ich es doch. Schon gestern abend habe ich es gesagt: Die Führer des Industriearbeiterverbandes haben den Rückzug angetreten. Wenn diese jetzt sagen, Rapp habe zuerst zurückgezogen, so erkläre ich: Das entspricht nicht den Tatsachen. Bei den letzten Verhandlungen versuchte Witte der Firma plausibel zu machen, daß sie vom Industriearbeiterverband nicht diejenigen gewesen seien, die den Tarif eingereicht hätten. Herr Direktor Dißmann wies sofort darauf hin, daß dem doch nicht so gewesen ist. Herr Dr. Hornung habe ihm doch gesagt, von Rapp erfahren zu haben, daß vom Industriearbeiterverband auf die Einreichung der Forderungen hingedrängt worden sei. Kollege Rapp gab das Gespräch zu, betonte aber, daß er nicht gesagt habe, der Industriearbeiterverband habe darauf gedrängt, sondern daß es Mitglieder des Industriearbeiterverbandes gewesen seien. Darauf sprang Witte auf und rief: „Wir ziehen den Tarif zurück!" Dann wurde einige Zeit gegenseitig diskutiert, worauf dann auch ich erklärte: „Ich ziehe den Tarif zurück!" Dasselbe erklärte schließlich auch Kollege Rapp. Sofort, nachdem Witte die Aeußerung getan, suchte ihn die Firma darauf festzunageln. Witte erklärte darauf — wenn ich so sagen darf — zum zweiten Male zuerst: „Jawohl, wir ziehen den Tarif zurück!" Hätten wir nur noch Zeit gehabt, mit den Kollegen Rücksprache zu nehmen, dann hätten wir den Tarif nicht zurückgezogen. Es war aber kurz vor Mittag, um 12 Uhr sollte die Aussperrung beginnen. So zogen ich und Rapp, weil Witte zurückgezogen hatte, auch zurück. Ich bemerke noch, Witte hat ausdrücklich gesagt: „Im Namen meiner Organisation!" Biankowsky: Ich bin Mitglied des Industriearbeiterverbandes. Aber nicht lange mehr. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin in der Branchenleitung zweiter Schriftführer, Vorsitzender war Kollege Ernst Lange. Wir in der Branchenleitung haben auf Einreichung der Forderungen gedrängt. Uns wurde aber schon in Vorstandssitzungen des Industriearbeiterverbandes vorgehalten, wir dürften nicht zusammen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vorgehen, da er Streikbrecher vermittle. Ich habe gesagt: „Das geht nicht! Wir müssen mit ihnen gemeinsam arbeiten!" Und hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem Industriearbeiterverband! (Tosender Beifall.) Vorsitzender Kaiser: Das ist nicht der einzige Austritt. Hier sind noch mehr Austrittserklärungen. (Zeigt unter erneutem Beifall eine Anzahl abgegebener Mitgliedsbücher vor.) Ich als selbständiger Rasiermesserschleifer habe mir schon lange gesagt, daß wir dafür sorgen müssen, daß auch die Fabrikarbeiter organisiert und daß sie nicht in zwei Organisationen zersplittert werden. In der Scherenbranche aber erklärt der Industriearbeiterverband die Betriebe in Streik, wo Fabrikarbeiter sind. Das sollte diese doch veranlassen, aus dem Industriearbeiterverband auszutreten und in den Deutschen Metallarbeiter-Verband überzutreten. Kollegen, vereint sind wir alles, zersplittert aber nichts! (Lebhafter Beifall.) Wiesels: Wie schade ist vom Industriearbeiterverband der sechsmonatige Sympathiestreik bei der Firma Linder mißbraucht worden. Der ist von Witte proklamiert worden. Er sagte damals, er wolle mit seinem eigenen Herzblut unterschreiben, daß der Streik gewonnen würde. Er hat sein Herzblut nicht herzugeben gebraucht. (Stürmische Heiterkeit.) Nach sechs Monaten aber hat er gesagt: „Wem die Aufhebung des Streiks nicht paßt, der mag sich andere Arbeit suchen!" Der Industriearbeiterverband hat sich eine Blamage geholt bei diesem seinem ersten großen Streik. Kollegen, schließt sich jeder einer Organisation an, die wirklich kampfs und auch imstande ist, zu kämpfen! (Lebhafter Beifall.) Tinger: Es steht jetzt fest, daß die Führer des Industriearbeiterverbandes die Verräter sind, die Jahre hindurch schon die Arbeiter betrogen haben. Mit dieser Organisation muß daher vollständig aufgeräumt werden. (Beifall.) Quabeck: Ich bin Lohnschleifer. Wir sind vom Industriearbeiterverband immer als „Bären" tituliert worden. Jetzt, wo wir einen Tarif abgeschlossen haben, da sucht der Industriearbeiterverband mit dabei zu sein. Es sind aber 90 Prozent der organisierten Lohnschleifer im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Ich bin Kommissionsmitglied gewesen bei den Verhandlungen und ich kann bezeugen, daß die vom Kollegen Rapp vom Industriearbeiterverband zugeschobene Aeußerung: „Der Industriearbeiterverband ist am Absterben!" tatsächlich nicht von Rapp, sondern von Herrn Liebe, dem Kompagnon von Bing & Co. gefallen ist. (Beifall.) Rapp (Schlußwort): Kollegen, ich werde nicht mehr viel sagen. Ich möchte aber an die Tatsache erinnern, daß der Industriearbeiterverband mit einem Antrage an den Arbeitgeberverband herangetreten ist, er solle in der Scherenbranche die Hälfte der Streikunterstützung tragen, wenn es wegen der Bekämpfung der „Bärenställe" zum Streik kommen sollte. Das ist doch kein Standpunkt für eine Kampforganisation! Kollegen, wir sind 6200 Mann im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 6200 Mann sind vielleicht auch im Industriearbeiterverband. Wenn wir vereinigt wären, dann könnten wir sehr bald 20 000 Mitglieder in der Solinger Metallindustrie zählen. Das muß der Zukunftsgedanke sein, dem wir zustreben, in diesem Sinne müssen wir arbeiten! (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende brachte dann folgende Resolution zur Abstimmung, für die sich ein Wald von Händen erhob: „Die heutige öffentliche Volksversammlung erklärt hiermit, nach Anhörung der beiden Referenten, daß sie voll und ganz mit dem Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einverstanden ist. Weiter erklärt die Versammlung, daß sie durch die Haltung der Führer des Industriearbeiterverbandes zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der Industriearbeiterverband die Interessen der Solinger Arbeiterschaft nicht mehr vertreten kann. Die Versammlung verspricht, dahin zu wirken, daß die Solinger Stahlwaren- und Metallarbeiter zu der Ueberzeugung sich durchringen werden, daß ihre Interessen am besten nur in einem Zentralverband gewahrt sind. Die Versammlung steht ferner auf dem Standpunkt, daß unumgänglich notwendig sei, durch Wort und Schrift das verräterische Treiben der Führer des Industriearbeiterverbandes zu kennzeichnen, damit die Solinger Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommt, daß ihres Bleibens in einer derartigen Organisation nicht länger mehr möglich sein kann. Die Versammlung spricht zum Schlusse die Ueberzeugung aus, daß sie nicht eher rasten noch ruhen wolle, bis daß endgültig mit dem alten Zopf in der Gewerkschaftsbewegung, „Industriearbeiterverband" genannt, aufgeräumt ist und fordert deshalb alle Solinger Arbeiter auf, im Sinne der Resolution zu wirken. Die heutige Versammlung spricht den Arbeitern von Weyersberg, Kirschbaum & Co. im Falle eines Streikes ihre volle Sympathie aus."

Sorau. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei „Phönix" hatten die Metallarbeiter wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Gelernte Schlosser, Modelltischler, Kesselschmiede erhielten einen Stundenlohn von 22 bis 25 ₰. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil den Akkordarbeitern (Drehern, Formern) bedeutende Verschlechterungen ihrer Akkorde angeboten worden sind. Die Betriebsleitung hatte diese Abzüge vorgenommen, nachdem die Arbeiten bereits fertiggestellt waren. Die bescheidenen Forderungen der Arbeiter, die Akkordpreise zu belassen, wie sie waren und den Stundenlohn für gelernte Arbeiter auf 30 und 35 ₰ und für Hilfsarbeiter auf 28 ₰ festzusetzen, lehnte die Betriebsleitung ab mit der Erklärung: „Wer ohne jedes Zugeständnis weiterarbeiten will, kann dies tun, wer dies nicht will, der mag gehen." Darauf verließen die Kollegen einschließlich der Mitglieder des Gewerkvereins einmütig den Betrieb. Nach zweitägigem Streik verhandelte die Firma mit den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Gewerkvereins. Sie bessert die Löhne des größten Teils der Arbeiter auf, will Einstellungslöhne einführen und auch die übrigen Wünsche der Arbeiter sollen erfüllt werden.

Rundschau.

Reichstag.

Alles geschriebene Recht ist seiner Natur nach formales Recht. Die Grundzüge unseres Rechtssystems sind, wie Anton Menger so klar dargelegt hat, lange Zeit vor dem Beginn unserer historischen Kenntnis durch Gewohnheit festgestellt worden. Als dann im Laufe der Entwicklung der Staat und die Gesetzgebung auf die Bühne der Geschichte traten, hatten beide nur die Aufgabe, die im wesentlichen bereits feststehenden Umrisse des Rechtssystems auszufüllen und näher zu bestimmen. Die Entstehung der Grundlagen unserer heutigen Rechtsordnung aus der Gewohnheit mußte aber notwendig bewirken, daß die Ausbildung des Rechtssystems überall nicht im Interesse der großen Massen, sondern zum Vorteil einzelner bevorzugter Volkskreise erfolgte. Das gilt sowohl für das Gebiet des Privatrechts (Eigentumsrechts) wie auch des Strafrechts. Und aus dem ersten von uns angeführten Satze ergibt sich, daß die Bevorzugung sich in den Formen abspiegeln muß, in die nicht nur die einzelnen Rechtssätze selbst, sondern vor allem auch das Verfahren gegossen ist, worin und wonach das Recht gesucht und gefunden werden muß: in dem Prozeß.

Seit langer Zeit hat die Entfremdung der Rechtspflege — besonders der Strafrechtspflege — von dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes in Deutschland eine beängstigende Größe erreicht: nicht, daß unsere Richter in ihrer großen Mehrzahl schlechte Kerle wären, nicht, daß sie in ihrer überwiegenden Majorität den Vorwurf verdienten, nichts gelernt zu haben; nur ein törichter und verblendeter Haß könnte solche Angriffe erheben. Der Schaden liegt wo anders. Einmal wird das Personal der Rechtspflege mit wenigen Ausnahmen der herrschenden Klasse entnommen, lebt daher unbewußt in ihren Anschauungen, und sodann wird es überdies noch durch das Recht und seine Formen von der Empfindungswelt und dem Denken der großen Masse entfernt. Die Rechtssätze, nach denen judiziert werden muß, entsprechen nicht mehr dem heutigen Stande der Kräfteverteilung in der Gesellschaft und die Formen der Rechtsprechung sind veraltet. Unser Strafrecht stammt aus einer Zeit, wo man von den Forschungen der Lombrososchen Schule und von denen ihrer späteren Ausläufer noch nichts wußte und nichts wissen konnte; die ganze Arbeit einer glänzenden Generation von Rechtsgelehrten hat sich gegen die wissenschaftlichen Grundlagen unseres deutschen Strafrechts gewendet, ohne sie doch bisher durch neue Taten der Gesetzgebung erschüttern zu können. Genau so verhält es sich mit dem Strafprozeß. Die Rechtsfindung im Strafprozeß liegt zwar heute nicht ausschließlich in den Händen gelehrter Richter, ihnen ist aber ein erhebliches Uebergewicht über das Laienelement gewährt. Dagegen richtet sich die Agitation besonders der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten; im scharfen Umriß entwirft das sozialdemokratische Parteiprogramm in seinem zweiten Teile ein System der Rechtspflege auf Grundlage demokratischer Selbstverwaltung des Volkes. Längst nicht so weit wie die sozialdemokratischen Forderungen, aber doch über den bestehenden Zustand hinausführend, sind die Forderungen des Liberalismus und eines Teiles der Zentrumspartei auf diesem Gebiet. Den vereinten Bemühungen dieser Kräfte konnte die Regierung auf die Dauer sich nicht verschließen, und so legte sie denn im vorigen Jahre zwei Novellen dem Reichstag vor, die sich mit der Strafprozeßordnung und dem Gerichtsverfassungsgesetz befassen. Wer indessen gehofft hatte, daß die Regierung in ihren Vorschlägen eine klare Erkenntnis der Gefahren und Schwierigkeiten des bestehenden Zustandes zum Ausdruck bringen würde, muß tief enttäuscht sein. Anstatt radikaler Reformen gibt sie ein unbefriedi-

gendes Stückwerk, das in einzelnen Teilen einen beschämend reaktionären Geist verrät.

Nachdem im Frühjahr des vergangenen Jahres der Reichstag sich in erster Lesung mit den Entwürfen beschäftigt hatte, waren sie den Sommer über Gegenstand der Beratungen einer Kommission, die beim Wiederzusammentritt des Parlaments im Herbst Bericht erstattet hat. Die zweite Lesung, die jetzt noch nicht abgeschlossen ist, begann in der Berichtswoche mit dem Gerichtsverfassungsgesetz. Der Entwurf enthält im wesentlichen Vorschriften über die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, Bestimmungen über die sachliche Zuständigkeit der Gerichte, über die Oeffentlichkeit des Verfahrens und über die Sitzungspolizei. Der Entwurf zu einer Aenderung der Strafprozeßordnung beschäftigt sich dagegen mit dem Verfahren der Rechtsfindung und Rechtsprechung im einzelnen.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit, die der Gestaltung unserer Rechtspflege innewohnt, müssen wir uns vorbehalten, nach dem Abschluß der Beratungen auf den Gesamtinhalt der Neuerungen im einzelnen einzugehen; zurzeit läßt sich noch nicht übersehen, wie der Gang der Dinge sein wird. Ja nicht einmal über den Zeitpunkt der Erledigung dieser wichtigen Vorlagen können irgendwelche Vermutungen angestellt werden, da sicherlich die zweite Lesung unvollendet abgebrochen werden wird, um Raum für die Beratung des Etats zu schaffen, dessen Verabschiedung natürlich der Regierung und den Mehrheitsparteien des Reichstages auf den Nägeln brennt. Nur so viel sei hier einstweilen aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen mitgeteilt: der von der Kommission bearbeitete Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes hat so ziemlich alle Schäden der jetzigen Organisation der Gerichte aufrechterhalten. Eine nicht unbeträchtliche Vermehrung der Macht der Staatsanwaltschaft im Strafprozeß muß uns gegen die Reform noch mißtrauischer machen. Es ist in das Belieben der Staatsanwaltschaft gestellt, ob sie bei Uebertretungen Anklage erheben will oder nicht. Und ihr Ermessen soll darüber entscheiden, ob schwere Anklagen vor das Schöffengericht oder sofort vor die Strafkammer als erste Instanz zu verweisen sind. Unser heutiges Recht verpflichtet die Staatsanwaltschaft in jedem Falle, wo sie von einer strafbaren Handlung erfährt, Anklage zu erheben. Das führt selbstverständlich zu zahllosen unbedeutenden, das Volk aber auf das schwerste belästigenden Prozessen. Wenn in irgendeinem Hause, in dem zahlreiche Parteien miteinander wohnen, ein kleiner Streit ausbricht, der zu einigen Handgreiflichkeiten führt, die im Sinne des Gesetzes als Körperverletzungen oder Hausfriedensbruch anzusehen sind, so muß die Staatsanwaltschaft, erfährt sie davon, Anklage erheben, selbst wenn die Beteiligten sich längst ausgesöhnt haben. Niemandem, nicht einmal der Staatsanwaltschaft selbst ist mit solchen Prozessen gedient. Man würde auch unbedenklich der Staatsanwaltschaft die Entscheidung darüber in die Hände legen können, ob in einem solchen Falle Anklage zu erheben rätlich erscheint oder nicht, wenn sie die „objektivste Behörde" wirklich wäre, als die einmal ein Staatsanwalt unter dem Hohngelächter des ganzen Volkes sie bezeichnet hat. Sie ist eben nicht die objektivste Behörde und darum stößt die Erweiterung ihrer Macht auf ernsten Widerstand. Ferner ist höchst bedenklich, daß die Zuständigkeit des Schwurgerichts in dem Entwurf eingeengt werden soll und daß man die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens in nicht wenigen Fällen noch mehr zu beschränken gedenkt, als sie heute schon beschränkt ist. Nimmt man endlich noch hinzu, daß auch bei dieser Gelegenheit das Recht der Presse beschnitten werden soll — nach § 11 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz soll mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden, wer über den Inhalt von Gerichtsverhandlungen, soweit für sie wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war oder aus amtlichen Schriftstücken Berichte in die Oeffentlichkeit gelangen läßt —, so wird man die Vorsicht begreifen, mit der die Vertreter der breiten Massen unseres Volkes an diese Beratung herangetreten sind. Einige Verbesserungen bringen die Entwürfe selbstverständlich auch, aber es fragt sich sehr, ob sie hinreichen, die Bedenken, die wir eben dargelegt haben, zu zerstreuen.

In der ersten Lesung der Kommission war eine Erweiterung des Tätigkeitsgebiets der Laien in der Rechtspflege vorgesehen; in der zweiten Lesung der Kommission hatte man diese volkstümlichen Verbesserungen wieder entfernt. Im Plenum des Reichstages ist es gelungen, vorläufig eine Mehrheit auf diese wichtigen Punkte zu vereinigen, indem man die Organisation der Schöffengerichte abänderte und die Laien auch in die Berufungsinstanzen einführte. Dagegen hat aber die Regierung sofort Protest eingelegt und erklären lassen, daß die ganze Vorlage für sie unannehmbar sein würde, wenn die Mehrheit des Reichstags in diesem Punkte sich zurückziehe. Es ist also ungewiß, wie sich die Dinge weiter gestalten werden. Verlaß ist nur auf die sozialdemokratische Partei und etwa auf die fortschrittliche Volkspartei, während hingegen die Nationalliberalen und das Zentrum in allen diesen Fragen uneinig sind. Ein Teil des Zentrums, der aus dem demokratischen Süden stammende, hält sich wenigstens in einzelnen Punkten an die demokratischen Forderungen, ein anderer Teil aber unter Führung des strebenden Herrn Wellstein aus Frankfurt versucht alles, was in seinen Kräften steht, der Regierung zu Willen zu sein. Die Stimmung auf der linken Seite des Hauses geht dahin, lieber gar keine Reform vorzunehmen, als gerade in diesen Punkten nachzugeben. Mag die Regierung den Vorwurf auf sich laden, Arm in Arm mit den reaktionären Elementen diesen Versuch einer Reform zum Scheitern gebracht zu haben, wir können ruhig dem Urteil unseres Volkes entgegensehen und sind überzeugt, daß ein neuer Versuch der Reform, der doch bald kommen müßte, das Messer viel tiefer ansetzen wird, als es der diesmalige getan hat. Wir brauchen volkstümliche Rechtspflege und wir werden sie erringen — so oder so!

Der erste deutsche Frauentag.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen in Deutschland zählt heute schon nach Millionen. Es gibt innerhalb der Arbeiterklasse wohl kaum eine Frau, die nicht entweder sich selbst ernähren muß oder doch in irgendeiner Form zur Ernährung der Familie mit beiträgt. Durch die Gesetzgebung wird die Lebenshaltung der Arbeiterschaft immer mehr erschwert. Die wirtschaftlichen Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden erbitterter, zumal da der Staat und seine Organe das Unternehmertum in seinen Abwehrmaßregeln gegen die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen unterstützen. Das Koalitionsrecht, das Recht, sich zusammenzuschließen zu dem Zweck, sich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, wird durch Auslegung der Gesetze und das Verhalten mancher Behörden oftmals geradezu aufgehoben. An der Ausgestaltung der Gesetzgebung im arbeiterfreundlichen Sinne sind deshalb in gleicher Weise Arbeiter und Arbeiterinnen interessiert.

Die letztgenannten sind von der direkten Einwirkung auf die Gesetzgebung bis heute dadurch ausgeschlossen, daß sie kein Recht haben, sich an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften zu beteiligen. Diese Rechtlosigkeit, die nicht erklärt werden kann durch geistige Minderwertigkeit, noch dadurch, daß gesagt wird, die weibliche Bevölkerung leiste dem Staate keine Dienste, ist in einer Zeit, wo die Frauen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Betätigung in der Oeffentlichkeit gedrängt werden, ohne Schaden für die Gesamtheit nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Verhältnisse auf den verschiedensten Gebieten, unter anderm die Gestaltung des Arbeiterschutzes, der Ausbau der Arbeiterversicherung mit ihren für die Arbeiterinnen ganz besonders wichtigen Bestimmungen, fordern die Beteiligung der weiblichen Bevölkerung an den Wahlen und ihre Mitwirkung in den gesetzgebenden Körperschaften als eine dringende Notwendigkeit. Hinzu kommt für die Arbeiterinnen, daß sie infolge ihrer politischen Rechtlosigkeit auch von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten, den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, ausgeschlossen sind.

Aus all diesen Gründen ist deshalb der Beschluß der sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen, darauf hinzuwirken, daß von der politischen und den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder an einem Tage im Jahre für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts öffentlich Propaganda gemacht wird, sehr zu begrüßen.

Für Deutschland wird dieser Frauentag am 19. März stattfinden. Er wird veranstaltet von der sozialdemokratischen Partei, die stets für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts eingetreten ist.

Auch die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, daß dieser Tag zu einer Massenkundgebung zugunsten des Frauenwahlrechts wird. Ihre Mitglieder werden deshalb nach Möglichkeit für guten Versammlungsbesuch, namentlich durch Frauen, sorgen. Handelt es sich doch darum, die Indifferenten von der Notwendigkeit der Erringung des Frauenwahlrechts und der Anteilnahme der Arbeiterinnen an allen, die Allgemeinheit berührenden Fragen zu überzeugen und ferner durch Massenbesuch der Versammlungen am 19. März die Forderung zu einer gewaltigen Demonstration zu gestalten, die ihren Eindruck auf die maßgebenden Kreise nicht verfehlen wird.

Keine Arbeiterin darf an diesem Tage den Versammlungen fernbleiben. Bedeutet doch die Erringung des Frauenwahlrechts einen Schritt auf dem Wege zu wirtschaftlicher und sozialer Befreiung.

Arbeiterschutz in Versammlungen.

Ein Heilbronner Kollege schreibt uns: Der nachteilige Einfluß, den leider sehr viele Berufsarten auf die Gesundheit der Arbeiter ausüben, hat die beteiligten Instanzen veranlaßt, Mittel und Wege zu suchen, um ihn zu beseitigen, oder wenn dies nicht möglich ist, auf das geringste Maß einzuschränken. Viel ist schon verbessert worden, jedoch noch mehr ist zu verbessern. Aber nicht nur in Werkstätten, Bergwerken und Bauplätzen, sondern auch da, wo diese Mißstände kritisiert und tadellose hygienische Zustände erstrebt werden, in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften. Hier, wo die, die unter der gegenwärtigen Gesellschaftsunordnung am meisten zu leiden haben, sich versammeln, um ihre materiellen und geistigen Interessen zu wahren und zu fördern, sollen selbstverständlich in erster Linie die idealen Zustände herrschen, die eines Menschen würdig sind. Die meisten Versammlungslokale sind einwandfrei in jeder Beziehung; aber das, was sonst ein angenehmer Genuß ist, das Rauchen, wird hier, wo so viele Menschen sich zusammenfinden, um sehr verantwortungsvolle geistige Arbeiten zu erledigen, zur Plage, indem der Rauch sich nach und nach im Lokal ansammelt und den aller Kultur hohnsprechenden Zustand verursacht, der in den Werkstätten so energisch bekämpft wird. Gegen diesen Uebelstand einzuschreiten, ist nicht jedermanns Sache; denn wer zum erstenmal etwas selbstverständliches sagt oder schreibt, wird von denen, die an kein zielbewußtes Denken im Sinne des Fortschrittes gewöhnt sind, ausgelacht oder angefeindet. Auch bei uns in den Gewerkschaften gibt es leider noch viele solcher geistig konservativen Kollegen, die noch nicht wissen, was Logik ist. Und das Unterlassen des Rauchens in einem Lokal, wo geistige Arbeit geleistet wird, ist ja gar nichts neues. In allen öffentlichen staatlichen und kommunalen Gebäuden: Post, Museen, Bibliotheken und Lesehallen, Lehrsälen, Theatern 2c. ist das Rauchen verboten. Und das ist nur selbstverständlich. Wo der Geist der Kultur, der Kunst und Wissenschaft herrscht, muß der Qualm der Kneipen und Spelunken ferngehalten werden. Kollegen! Was der jetzige Staat kann, das können und müssen wir, die ihn auf die höchste Stufe bringen wollen, auch können! Sorgt dafür, daß das Wort Aufklärung auch zur Tat wird. Denkt auch an die Kollegen, die in den Versammlungen viel sprechen müssen, an die Referenten, die Vorträge halten. Hauptsächlich für diese Kollegen wird es eine Wohltat sein, und es wird dann nicht mehr vorkommen, daß ein Vortrag wegen Heiserkeit des Redners, verursacht durch den ätzenden Tabakrauch, vorzeitig abgebrochen werden muß. Auch die durch die immer intensiver werdende Berufsarbeit sehr geschwächten Augen der Arbeiter in den trüben rauchigen Lokalen noch mehr zu schädigen, ist vollständig überflüssig. Sehr viele Kollegen bleiben den Versammlungen fern, weil sie nach des Tages Last und Mühe in staubiger Werkstatt keine Lust haben, den Qualm einzuatmen, den andere im Lokal verursachen. Jeder, auch der eifrigste Raucher, hat Zeit und Gelegenheit genug, am Tabakgenuß sich zu erfreuen und seine Sorgen zu vergessen; aber die Versammlung ist kein Ort dafür, hier hat jeder einzelne sein vollstes Interesse der Tagesordnung zuzuwenden, zu seinem und seiner Kollegen Nutzen. Mancher eifrige Kollege wird sich mit einer solchen „Neuerung" nicht befreunden können; seine Geistesrichtung ist eben noch zu konservativ. Aber das Rauchen in den Mitgliederversammlungen wird in dem Maße abnehmen, je mehr die Geisteskultur der Arbeiter zunimmt. Kollegen! Das Versammlungslokal ist die Stätte, wo wir die Wege suchen und finden, die zum höchsten Ziele der Menschheit führen.

F. R.

§ 153.

Am 29. November 1910 wurde unser Kollege Claudius Sierau, Geschäftsführer der Verwaltungstelle Mülheim (Ruhr), vom dortigen Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er den Arbeitswilligen Gerhard Schmülgen „bedroht" haben soll. Sierau hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, die am 23. Januar vor der Strafkammer in Duisburg zur Verhandlung kam. Da stellte sich folgendes heraus: Im April vorigen Jahres hatte die Firma Ruhrmann in Kettwig ihren Arbeitern einen Lohnabzug zugemutet. Damit waren die Arbeiter nicht zufrieden. Die Firma wollte aber den bisherigen Lohn nicht weiterzahlen, und so kam es zu Differenzen, die zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses führten. Ein Teil der Arbeiter arbeitete weiter. Schmülgen trat neu ein. Er will zunächst nichts von den Differenzen gewußt haben, hat jedoch bald davon erfahren. Vorstellungen, den Kollegen doch nicht in den Rücken zu fallen, beachtete Schmülgen nicht. Dann ging am 5. Mai der Angeklagte Sierau mit einem Monteur Meyer zusammen nach der Wohnung des Schmülgen, der mit Sierau in einem Hause wohnte. Sierau machte nun Schmülgen Vorhaltungen wegen seines unkollegialen Verhaltens. Darauf antwortete Schmülgen, daß er dieserhalb schon mehrfach belästigt worden sei. Nachdem er aber am Tage vorher mit einem Steine ans Bein geworfen worden sei, werde er sich jetzt erst recht nicht um den Streik kümmern. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß diese Sache mit dem Streikbruch Schmülgens nichts zu tun gehabt hat. Es handelte sich dabei um einen Gärtner. Als Schmülgen die Geschichte mit dem Stein erzählte, wurde ihm von Sierau geantwortet, daß er froh sein könne, daß ihm der Stein nur ans Bein geflogen sei, er (Sierau) wisse aus dem Jahre 1907 einen Fall, wobei einem Arbeitswilligen durch einen Steinwurf ein Auge ausgeworfen wurde. Das sei zwar entschieden zu verurteilen, aber in der Erregung werde oft manches gemacht, was nicht recht sei. Er möge sich deshalb nur in acht nehmen. Nachdem die beiden Nachbarn sich dann noch weiter unterhalten hatten — Sierau ist etwa eine Stunde in der Wohnung des Schmülgen gewesen —, sind sie ganz freundschaftlich auseinander gegangen, ohne daß es weiter zu Zusammenstößen zwischen ihnen gekommen wäre. Am andern Tage erinnerte sich dann aber der Arbeitswillige daran, daß die Erzählung des Sierau von dem Steinwurf eigentlich eine „Bedrohung" sein müsse. Flugs erstattete Herr Schmülgen Anzeige und das Resultat war die Verurteilung des Angeklagten Sierau zu einem Monat Gefängnis. Die Berufung, die Rechtsanwalt Markwitz vertrat, hatte nun insofern Erfolg, als die Strafe auf zwei Wochen Gefängnis herabgesetzt wurde. „Die Arbeitswilligen müßten gegen derartigen Terrorismus geschützt werden," heißt es im Urteil. Auch das Berufungsgericht steht auf dem Standpunkt, daß die Merkmale des Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung gegeben seien. Trotz alledem schreit man nach „mehr Schutz für die Arbeitswilligen".

Terrorismusschwindel.

In der arbeiterfeindlichen Presse macht ein Waschzettel die Runde, der einen „Brief" enthält, den ein Arbeitswilliger seinem „Brotherrn" geschrieben haben soll. Er lautet folgendermaßen:

„10. Januar.

Herrn . . . . . .

Sie werden sich wundern, daß ich gestern nachmittag nicht mehr in das Geschäft zurückkehrte. Als ich zu mittag nach Hause kam, klingelte es, und zwar traten ein zwei Kollegen, selbige bearbeiteten mich und meine Frau in so unerhörter Weise, daß es mir nicht möglich war, ins Geschäft zu gehen, trotzdem ich den festen Vorsatz hatte, unbedingt zu kommen. Sie erklärten, daß ich mich in jeder Art und Weise unmöglich machte, zum Beispiel als gesellschaftliche Aechtung, Ausstoßung aus dem Verband, dann weiter durch meinen Wiedereintritt die Sache sich bedeutend verzögere, und demnach in vielen Familien das Elend noch vergrößere, anderen Leuten wollten sie es sagen, die mir auf Schritt und Tritt nachgehen sollten und anderes mehr. Aus all dem angeführten sehen Sie daraus, wie verzweifelt meine Lage ist, ich weiß tatsächlich nicht, was ich machen soll. Sie sollten bloß das Bild gesehen haben, wie ich gestern mittag, trotzdem ich noch gehen wollte, rechts und links einer und ich in der Mitte vor dem Restaurant zur Laube angekommen waren, sofort wurde ich umringt, am Arm gefaßt und ich ins Lokal gebracht. Drinnen angekommen, saß ich in der Mitte und ringsum saßen sie da richtig wie ein Vogel im Käfig, nun ging die Gerichtsverhandlung nochmal von vorne los, wenn der eine nicht mehr weiter konnte, ging der andere los, das ging den ganzen Nachmittag so fort, ich sage Ihnen, ich wußte tatsächlich manchmal nicht, wo mir der Kopf stand. Außerdem meinten sie, die Firma könne es nicht mehr viel länger aushalten, es müsse bald zum Frieden kommen. Gleichzeitig sagten sie, wenn ich jetzt arbeitete, wollten sie mit mir nicht mehr arbeiten, und ich würde von einem Ort zum andern getrieben, ich würde nirgends mehr festen Fuß haben. Ich könnte Ihnen noch viel mehr schreiben, aber schon aus alledem können Sie sehen, wie fanatisch die arbeiten, sie lassen niemanden in Ruhe. Dies Ihnen zur Nachricht und stehe Ihnen zu anderweiter Bewendung gerne zu Diensten. Hochachtungsvoll

(Unterschrift.)"

Daß von diesem „Briefe" die Unterschrift nicht veröffentlicht wird, könnte man noch hingehen lassen, daß aber nicht einmal der Ort angegeben wird, wo der arme Streikbrecher solche Aengste erleiden muß, beweist, wie sehr die Macher dieses Terrorismusschwindels das Licht zu scheuen haben. Man darf darum sagen: Solche Schreiberei bringt auch der erste beste Lump zustande. Man sieht aber, auf wie schwachen Füßen der ganze Terrorismusschwindel ruht, wenn man schon zu solchen Mitteln greifen muß, um der Arbeiterbewegung etwas anhängen zu können.

Vom Ausland.

Dänemark.

Der Dänische Schmiede- und Maschinenbauer-Verband hat mit dem Unternehmerverband von neuem einen auf fünf Jahre lautenden Vertrag abgeschlossen. Dieser bringt den dänischen Kollegen eine Erhöhung des Minimallohnes um 3 Oere (früher 35 Oere, jetzt 37 und vom 1. Februar 1914 an 38 Oere); ferner eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit (jetzt in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar 9 Stunden, während der übrigen Monate 9½; früher mußte in den acht Monaten 10 Stunden lang gearbeitet werden). Ferner ist die Berechtigung jedes Arbeiters auf drei Tage Sommerferien (allerdings ohne Lohn) im Vertrag festgelegt worden. Das Fagblad for Smede og Maskinarbejdere bemerkt in seiner Novembernummer unter anderm dazu:

„Der Vertragsabschluß kam für einen Teil unserer Mitgliedschaft überraschend, obgleich dafür eigentlich kein Grund vorhanden ist, denn die Erfahrungen lehren, daß in diesen Situationen ein Resultat erst im letzten Augenblick herausspringt, wenn der Termin schon im Ablaufen ist."

Es wird dann weiter von der Stellungnahme der Repräsentantschaft des Verbandes zum Vertrag berichtet. (Die Repräsentantschaft besteht aus je 1 Vertreter jeder örtlichen Verbandsleitung, die mehr als 20 Mitglieder hat und ferner aus den 13 Mitgliedern des Vorstandes; im ganzen aus 67 Personen.) In dieser wurde der Vertrag gegen 6 Stimmen angenommen. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Hansen, hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt:

„Ich möchte gern die Aufmerksamkeit auf den Abstand zwischen Minimallohn und Durchschnittslohn lenken. 1902 stand der Minimallohn auf 32 Oere, während der Durchschnittslohn nach unserer Statistik 36,2 Oere, also 4,2 mehr betrug. Nach unserer Lohnstatistik von 1908 hat bei einem Minimallohn von 35 Oere sich der Abstand auf 5,3 Oere erhöht. Neuerdings ist dieser Abstand auf 5,6 Oere gestiegen."

Im Artikel heißt es dann weiter:

„Es ist also Grund vorhanden, zu bemerken, daß diese Zahlen mit erwünschter Deutlichkeit zeigen, daß die seinerzeit stark geäußerte Furcht unbegründet war, der Minimallohn könnte den höheren Lohnstufen schaden, ebenso wie es unserer Organisation geglückt ist, Lohnerhöhungen für ältere und tüchtigere Arbeiter durchzuführen . . . Vor allen Dingen dürfen wir den Minimallohn niemals zum Normallohn machen. Die Ansprüche an die persönliche Tüchtigkeit und an die Handfertigkeit sind in einem so weitverzweigten Fache wie dem unsrigen so sehr verschieden, daß Einheitlichkeit im Lohn eine Unmöglichkeit ist . . . Es kommt hinzu, daß der Minimallohn in unserm Fach nicht einseitig und nicht zu hastig und ohne die nötige Rücksicht darauf gehoben werden darf, was die in der Industrie beschäftigten Hilfsarbeiter durchführen können. (In Dänemark sind die Hilfsarbeiter im Arbejdsmandsforbund organisiert.) Hier liegt eine Konkurrenzfrage vor, die sich schon in manchem andern Fach als eine Gefahr erwiesen hat, so daß es notwendig ist, darauf seine Aufmerksamkeit zu richten, wenn man sich den vollen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen seines Faches erhalten will.

Schließlich haben wir, ehe wir die Lohnbestimmungen verlassen, noch zu bemerken, daß die alten Bestimmungen über die Akkordarbeit beibehalten worden sind und darin werden wir nach wie vor von dem Prinzip ausgehen, das in der Januar-Uebereinkunft von 1902 festgesetzt worden ist, nämlich ‚Akkord in möglichst großer Ausdehnung und feste Preisverzeichnisse in allen fabriksmäßigen Produktionszweigen' . . ."

In der Dezembernummer des Verbandsorgans ist der Wortlaut des neuen Vertrages abgedruckt.

Italien.

Der vierte Kongreß des Italienischen Metallarbeiter-Verbandes (Federazione Italiana degli Operai Metallurgici) wurde vom 13. bis zum 16. November in Florenz abgehalten. Der Verbandsvorstand hatte dem Kongreß einen gedruckten Tätigkeitsbericht vorgelegt, dem wir folgendes entnehmen: Die Verbindungen des Vorstandes mit den Sektionen (den örtlichen Zweigvereinen, die ebenso wie in Frankreich selbständig sind) haben sich bedeutend gebessert, lassen aber immer noch zu wünschen übrig. Charakteristisch ist folgende Stelle im Bericht:

„Unsere Anstrengungen werden illusorisch gemacht durch die in allen Sektionen herrschende Mattigkeit. Unsere Mitglieder und die Arbeiter im allgemeinen verbringen sehr gerne die Abende in den Kaffeehäusern, um dort lang und breit über Syndikalismus und Reformismus zu diskutieren; sie können sich aber nicht soweit herablassen, für ihren eigenen Verband auch nur einmal eine kleine Tabelle anzufertigen, dem eigenen Verband eine Auskunft zu geben. Wünscht ihr ein Beispiel? Die von uns im verflossenen Jahre verschickten Fragebogen sind trotz wiederholter Mahnungen nur von einem Viertel der Sektionen zurückgeschickt worden."

Die Mißstimmung der Sektionen gegen den Hauptvorstand führt der Berichterstatter (Sekretär Bruno Buozzi) teilweise auf „alte Gewohnheit" zurück, teilweise aber auch auf Fehler seiner Vorgänger. Dieser Zustand dürfe natürlich nicht andauern. Es seien allerdings auch Kollegen vorhanden, die all ihre Kräfte und alle Intelligenz dem Verbande widmen; dieser seien aber nur wenige. Es sind Sektionen vorhanden, die das Verbandsstatut nicht kennen, obgleich sie bei der Urabstimmung darüber selbst dafür gestimmt haben. Achtzig Prozent der Sektionen hatten vor einem Jahre noch keine Kenntnis von der Reiseunterstützungskasse des Verbandes.

Im Italienischen Metallarbeiter-Verband scheint überhaupt ein ganz heilloser Zustand geherrscht zu haben. Die früheren Angestellten Verzi und Rossi scheinen gänzlich von der Bildfläche verschwunden zu sein, wenigstens kommen in den uns vorliegenden Berichten ihre Namen nicht mehr vor. Dagegen ist wiederholt die Rede von der großen Unordnung, die früher geherrscht habe und der man jetzt ernstlich zu Leibe gehen müsse. Der Berichterstatter Buozzi ist erst seit dem 21. August 1909 im Amte. In diesen 14 Monaten haben 51 Bewegungen stattgefunden. Ueber deren Ausgang sagt der Berichterstatter, daß ihnen — das Glück gelächelt habe. Mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter endigten nur vier. In 24 Fällen kam es zu Arbeitseinstellungen. Davon dauerten verschiedene längere Zeit, so eine in Balangero 100 Tage, eine in Biella 45 Tage und eine in Suzzara 75 Tage. In Melzo wurde für eine Arbeiterkategorie der Achtstundentag erobert. Es geht aus dem Bericht nicht hervor, für welche Kategorien; es scheint aber eine mit besonders ungesunden Arbeitsbedingungen zu sein.

Während der Geschäftsführung des früheren Vorstandes hatten die monatlichen Einnahmen der Verbandskasse im Durchschnitt nur 672,29 Lire betragen; während des Jahres 1910 verdoppelte sie sich beinahe, indem sie auf 1228,56 Lire stieg. Bis zum Juli 1909 hatte sich eine Schuldenlast von 10 748,25 Lire entwickelt. Es gelang, diese bis auf 5321,50 Lire abzuzahlen. In Anbetracht der mangelhaften Mittel konnte die Agitation nicht mit solchem Nachdruck und solcher Regelmäßigkeit betrieben werden, wie es wünschenswert wäre.

Die Sektionen in der Provinz Ligurien (wo sich unter anderen Orten das industriereiche Genua und Spezia mit seinen Arsenalen befinden) haben sich vom Verbande getrennt. In Neapel, Puzzuoli, Salerno, Castellamare, Bari 2c. gibt es viele schlecht bezahlte und unwürdig behandelte Metallarbeiter und nach Meinung des Berichterstatters würde eine Arbeit von wenigen Monaten genügen, um dort einen Stamm organisierter Arbeiter zu bilden, an dem der Verband einen Rückhalt hätte. Selbst in dem vom Verband so vernachlässigten und durch innere Zwistigkeiten zerfleischten Mailand ist noch sehr viel zu tun, obwohl sich dort seit einigen Jahren der Sitz des Vorstandes befindet. Im Bericht heißt es weiter:

„Möge der Kongreß bedenken, daß der Verband in seiner gegenwärtigen Verfassung niemals über die paar tausend Lire verfügen kann, die notwendig sind, um auch nur einen einzigen Streik zu gewinnen; möge der Kongreß bedenken, daß so, wie heute, der Verband sich nicht verpflichten kann, einen Streik von auch nur fünfzig Arbeitern ausreichend zu unterstützen. Solche Streikenden sind jetzt lediglich auf freiwillige Sammlungen angewiesen und diese haben im Jahre 1910 für vier sehr lange Streiks im ganzen 1866,45 Lire eingebracht. Jeder Kommentar ist überflüssig."

Die Erfolge sind teils ausnahmsweise günstiger Konjunktur, teils der Hilfe durch die sozialistischen Genossenschaften zu verdanken.

Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Zeit vom November 1907 bis zum 30. September 1910 62 749,67 Lire, die Ausgaben (hauptsächlich für Verwaltung und Verbandsorgan) 62 009,09, so daß ein Bestand von 741,48 Lire vorhanden war. —

Die Tagesordnung lautete folgendermaßen: 1. Wahl des Vorsitzenden und Mandatprüfung. 2. Tätigkeitsbericht und Kassenbericht (Referenten B. Buozzi und M. Cattaneo). 3. Statutenänderung und Erhöhung des Beitrags wegen Einführung einer allgemeinen Widerstandskasse (Referent B. Buozzi). 4. Agitation unter den folgenden Branchen: a) Maschinenbauer (Referent E. Colombino); b) Großeisenindustrie (Referent B. Buozzi); c) Former (Referent F. Ballerini); d) Eisenmöbel (Referent G. Balestrini); e) Schmiede (Referent M. Cattaneo); f) die übrigen Branchen (Referenten Gritti, Geminiani, Fabbri). 5. Widerstand, Genossenschaftswesen und Unterstützungen (Referenten D. Bacchi, G. Balestrini). 6. Die Sozialgesetzgebung (Referent Abgeordneter G. Pieraccini). 7. Die Krankheiten der Arbeiter (Referent Abgeordneter A. Cabrini). 8. Bericht über die Konföderation der Arbeit (Referent L. D'Aragona). 9. Bericht über den Internationalen Metallarbeiter-Bund (Referent D. Bacchi). 10. Wahl des Verbandssitzes. 11. Wahl der Sekretäre und des Vorstandes.

Außer verschiedenen Gästen und den Mitgliedern des Vorstandes waren 57 Delegierte anwesend. Von ausländischen Organisationen war nur der Oesterreichische Metallarbeiter-Verband durch den Kollegen Ezio Chiussi, Redakteur des in Triest erscheinenden Organs für die italienisch sprechenden Metallarbeiter Oesterreichs, vertreten. Unter den vom Vorstandsmitglied Decio Bacchi bekanntgemachten Begrüßungsschreiben befanden sich auch welche vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und vom Internationalen Metallarbeiter-Bund.

In der ersten geschäftlichen Sitzung ergänzte der Sekretär Buozzi den schriftlich vorliegenden Bericht. Nach kurzer Debatte wurde eine Resolution angenommen, worin dem Vorstand für seine Tätigkeit der Beifall des Kongresses ausgesprochen wird. Ferner wurde beschlossen, einen Streitfall, an dem das frühere Vorstandsmitglied Rossi beteiligt ist, in geschlossener Sitzung zu behandeln.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung hatte Kollege Buozzi ein schriftliches Referat erstattet, auf dessen Einzelheiten wir um so weniger einzugehen brauchen, als es nichts anderes enthält, als was deutschen Metallarbeitern schon längst bekannt und geläufig ist. Interessant ist eine Zusammenstellung der Beitragsleistung der Metallarbeiter in Deutschland, Holland, Oesterreich, Serbien, der Schweiz, Frankreich (!) und Italien, wonach die letztgenannten bis jetzt den niedrigsten Verbandsbeitrag zahlen. Ferner werden noch aus Italien die Buchdrucker, die Glasarbeiter und die Bauarbeiter angeführt, sämtlich mit höheren Beiträgen als die Metallarbeiter. Buozzi beantragte, daß der Beitrag für Mitglieder erster Kategorie (Tagelohn über 3 Lire) auf wöchentlich 30 Centesimi erhöht werde, für Mitglieder zweiter Kategorie (Tagelohn weniger als 3 Lire) auf 20 Centesimi. Von diesen Beiträgen sollen die Sektionen monatlich je 70 und 55 Centesimi an die Verbandskassen abführen. Die Verwendung dieses Geldes dachte Buozzi sich folgendermaßen: Für die Streikkasse 40 Centesimi (von den Mitgliedern zweiter Kategorie 25), für die Reiseunterstützung 5, für das Verbandsorgan 3, für den Internationalen Metallarbeiter-Bund und die Konföderation der Arbeit 2, für Verwaltungszwecke 20. Ferner legte Buozzi einen neuen Statutenentwurf vor.

Die Diskussion über die Beitragsfrage füllte die Nachmittagssitzung vom 14. November und den Vormittag vom 15. aus. Was an Argumenten vorgebracht wurde, mutet uns sämtlich als sehr bekannt an. Da wurden die oft gehörten Befürchtungen laut, die Beitragserhöhung könnte einen Mitgliederverlust zur Folge haben; auch fehlte es nicht an solchen Rednern, die persönlich dafür waren, aber die Beitragserhöhung dennoch für schädlich hielten; wiederum andere Redner wollten die endgültige Stellungnahme dem nächsten Kongreß zuschieben 2c. Schließlich einigte man sich dahin, noch je drei Redner dafür und dagegen sprechen zu lassen und die Sitzung wurde unterbrochen, damit die beiden Parteien ihre Redner aussuchen konnten. Die Debatte endigte mit der Annahme einer Tagesordnung des Kollegen Bertero, die sich für die Vorschläge des Referenten aussprach. Sie erhielt 4225 Stimmen. Nach einer Tagesordnung des Kollegen Ballerini sollte die Entscheidung bis zum nächsten Kongreß verschoben und bis dahin für die Errichtung einer Streikkasse agitiert werden. Inzwischen sollte der Beitrag an den Verband auf 25 und 30 Centesimi monatlich und der Beitrag der Mitglieder auf mindestens 25 Centesimi wöchentlich erhöht werden. Diese Tagesordnung erhielt nur 1562 Stimmen, während für 175 Stimmen Enthaltung geübt wurde. Die Verhandlungen waren unterbrochen worden durch eine geschlossene Sitzung, wo über den Streitfall des früheren Vorstandsmitgliedes Rossi verhandelt wurde. Die Verhandlungen endigten mit einem Vertrauensvotum für den jetzigen Vorstand.

Die Statutenberatung füllte die folgenden Sitzungen aus. Im allgemeinen kann man sagen, daß unsere italienischen Kollegen einen weiteren Schritt zur Zentralisation in unserm Sinne machten. Sehr viel Zeit beanspruchte natürlich die Beitragsfrage. Bei dieser Gelegenheit wurde der schon gefaßte Beschluß umgestoßen und beschlossen, eine dritte Beitragsklasse einzuführen. Der Beitrag soll wöchentlich 30, 20 und 10 Centesimi betragen. Streikunterstützung wird erst vom 15. Streiktag an bezahlt. Sie beträgt für Mitglieder erster Kategorie 9 Lire, für Mitglieder zweiter 6 und für Mitglieder dritter 3. Mitglieder dritter Kategorie erhalten keine Reiseunterstützung, ausgenommen in dem Falle, wo sie infolge von Streiks abreisen. Dann wird sie aber aus der Streikkasse bezahlt. Die Kongresse des Verbandes sollen jetzt nur dreijährlich stattfinden und es soll nicht mehr nach der Zahl der vertretenen Mitglieder abgestimmt werden, sondern jeder Delegierte soll nur eine Stimme haben. Sektionen mit 25 bis 200 Mitglieder entsenden einen Delegierten, je 200 Mitglieder einen mehr. Sektionen mit weniger als 25 Mitgliedern werden zu Gruppen zusammengelegt.

Im Anschluß an die Statutenberatung wurde zum Internationalen Metallarbeiter-Bund Stellung genommen, und zwar wurde einstimmig beschlossen, dem Bunde am 1. Juni 1911 beizutreten.

Es wurde ferner mit 2937 Stimmen gegen 1545 und 1440 Enthaltungen beschlossen, den Sitz des Verbandes nach Turin zu verlegen. Für die Verlegung stimmten selbst die Delegierten aus Mailand, dem bisherigen Sitze des Verbandes, während die Turiner sich der Stimme enthielten. Von den Vorstandsmitgliedern wählte der Kongreß nur den Sekretär Bruno Buozzi von neuem; die übrigen Vorstandsmitglieder sollen von den Turiner Sektionen gewählt werden.

Die Dezembernummer des Metallurgico, der wir das Material zu diesem Bericht entnommen haben, äußert sich sehr befriedigt über den Verlauf des Kongresses. —

Aus Turin wird uns folgendes geschrieben:

Obgleich hier infolge der bevorstehenden Weltausstellung ziemlich starke Beschäftigung herrscht, sehen wir uns doch veranlaßt, die Kollegen aller Branchen vor leichtfertigem Zuzug hierher zu warnen. Man nimmt an, daß, wenn auch in Italien die Löhne niedrig seien, doch auch der Lebensunterhalt wenig koste; daß dem nicht so ist, haben leider nur zu viele Kollegen zu ihrem Leidwesen erfahren müssen. Wir raten deshalb allen Kollegen, sich vor Arbeitsannahme genau nach den hiesigen Verhältnissen zu erkundigen. Gelegenheit ist ihnen geboten, da sich hier nach dem Vorbild des Pariser Sozialistischen Leseklub ein Verein unter dem Namen Deutsch-Internationaler Leseklub gebildet hat. Zweck des Vereins ist, den zureisenden Genossen nach Möglichkeit mit Rat und Tat beizustehen und ihnen die Lektüre unserer Parteiorgane zu ermöglichen. Allerdings müssen wir gestehen, daß unser Wirkungskreis infolge des kurzen Bestehens noch sehr beschränkt ist, müssen ferner leider konstatieren, daß gerade unsere Kollegen im Ausland sich oft ihrer Pflicht als klassenbewußte Arbeiter entziehen und lieber allem anderen huldigen, anstatt teilzunehmen am Ausbau der ökonomischen und politischen Organisation. Doch hoffen wir, daß in Zukunft alle hier in Arbeit tretenden Kollegen sich ihrer Pflicht erinnern, um so aus dem Verein ein neues festes Glied der Internationalen zu bilden. Bei Anfragen bitten wir, einen auf jeder Post erhältlichen Postkoupon für Antwort beizulegen. Deutsch-Internationaler Leseklub Turin, Camera del Lavoro, Corso Siccardi, 12.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Die Wahlbekanntmachung, Wahlprotokolle 2c., sowie die Marken für die Abgeordnetensteuer sind an alle Filialen versendet; sollte irgend eine örtliche Verwaltung nicht in Besitz derselben gelangt sein, so hat sie sich sofort an die Hauptverwaltung zu wenden. Mit der Erhebung der Abgeordnetensteuer muß sofort begonnen werden; diese haben alle Mitglieder zu entrichten, die zur Zeit der Ausschreibung dieser Steuer der Kasse angehören, sowie auch die Mitglieder, die noch vor dem Stattfinden der Generalversammlung der Kasse beitreten. Weitere Bekanntmachung in bezug auf die Generalversammlung folgt. Der Vorstand hat beschlossen, „keine Anträge auf Statutenänderung an die Generalversammlung zu stellen". Wenn auch die Kasse 1910 wiederum einen namhaften Ueberschuß erzielte, wodurch etwa eine Erhöhung der Leistungen begründet werden könnte, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Kasse 1908 und 1909 recht erhebliche Verluste zu verzeichnen hatte und daß der Kassenbestand, auf das einzelne Mitglied berechnet, noch lange nicht wieder die Höhe erreicht hat, die er 1907 erreichte. Gerade dem letzteren günstigen Umstand war es aber zu verdanken, daß die Kasse die schweren Verluste der vorhergehenden Jahre ertragen konnte, ohne eine Herabsetzung der Unterstützung oder Erhebung von Extrabeiträgen vornehmen zu müssen. Demgegenüber geht der Vorstand aber auch davon ab, seine Anträge zur letzten Generalversammlung, die teilweise eine Einschränkung der Unterstützung bedingen, zu wiederholen, obwohl deren Annahme aus triftigen Gründen als notwendig bezeichnet werden muß. In der Hauptsache wird dieser Standpunkt bedingt durch die Tatsache, daß mit der Annahme der Reichsversicherungsordnung durch den Reichstag zugleich auch das Hilfskassengesetz aufgehoben und sehr wahrscheinlich eine wesentliche Aenderung des Statuts dadurch erforderlich wird. Erfolgt aber noch in diesem Jahre die Aufhebung des Hilfskassengesetzes, so wird auch im nächsten Jahre wieder eine Generalversammlung erforderlich sein, durch die dann mit größerer Sicherheit Aenderungen an dem Statut vorgenommen werden können, als in diesem Jahre. Zu einigen Anträgen verwaltungstechnischer Natur, die sehr wahrscheinlich aus den Filialen wiederkommen werden, behält sich der Vorstand seine Stellungnahme vor.

Nach § 33 Absatz 2 des Statuts wird die Jahresabrechnung nur gegen Bezahlung von 5 ₰ abgegeben. Um die Auflage feststellen zu können, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, baldmöglichst ihren Bedarf bestellen zu wollen. Außer den Pflichtexemplaren für die Ortsverwaltungen erfolgt der Versand nur auf Bestellung.

Ferner machen wir auf die unter Abschnitt 14 Absatz 4 der Instruktion gegebenen Bestimmungen betreffend die Ersatzbücher aufmerksam, wonach diese Bücher spätestens in der ersten Hälfte des Monats März bestellt werden müssen. Für rechtzeitige Lieferung kann nur dann garantiert werden, wenn rechtzeitige Bestellung erfolgt.

Die Plakate und die Instruktionen sind gänzlich vergriffen; aus Zweckmäßigkeitsgründen werden neue Auflagen vor der Generalversammlung nicht mehr beschafft. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die einzelne Exemplare der Instruktion entbehren können, sie uns einzusenden.

Folgende Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln ist, wurden ausgeschlossen: G. Haupt, 69 049; M. Jungklaus, 104 730; H. Nölke, 1432; J. Schafroth, 186 537; H. Ströhmer, 87 405; H. Wertkötter, 203 538.

Hamburg, den 7. Februar 1911.

Mit Gruß
Der Vorstand.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Paul Singer. — Malthusianismus und Sozialismus. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Gewerkschaftliche Verfassungsfragen. Von Adolf Braun. — Verfassungsreform für das Reichsland Elsaß-Lothringen. Von J. L. Emmel. — Literarische Rundschau: Karl Marx' „Kapital" in estnischer Übersetzung. Von M. Martna. Damm-Etienne, P., Das Hotelwesen. Von Hanauer, Brüssel. — Notizen: Eine Agrarierrechnung. Von J. K. — Zeitschriftenschau. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 ℳ pro Quartal zu beziehen; jedoch kann bei der Post nur quartalsweise abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ₰. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Reichsverband, Nationale Zeitung zur Vernichtung der Sozialdemokratie, betitelt sich eine soeben im Verlage von G. Birk & Co. m. b. H. in München erschienene illustrierte Faschingsnummer, die in überaus gelungener Weise die Bestrebungen des Reichsverbandes und aller anderen Scharfmacher in Wort und Bild der verdienten Lächerlichkeit ausliefert. Der billige Preis von 10 ₰ ermöglicht es jedem, sich an dieser bei den Parteibuchhandlungen und Kolporteuren vorrätigen politischen Satire zu ergötzen.

Nachtrag.

Hamburg. Unter Hinweis auf den Bericht in Nr. 6, Seite 46, ersuchen wir die Kollegen, den Zuzug von Metallarbeitern nach Hamburg streng fernzuhalten. Die Unternehmer bereiten gegen unsern Verband einen Hauptschlag vor. Hirsch-Dunckersche sind ihnen behilflich, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Vor diesen Agenten warnen wir besonders. Näheres in nächster Nummer.

Zeitz. In den Kinderwagenfabriken sind die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Sattler und die Lackierer in den Ausstand getreten. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 18. Februar:
Hainichen i. S. Deutscher Kaiser, ½9.
Hall, Schwäb. Bierkeller, 8 Uhr.
Lüneburg. Lampertihalle, halb 9.
Metzingen. Kröz, zur Traube, halb 9.
Pößneck i. Thür. Kaiserhof, 8 Uhr.

Sonntag, 19. Februar:
Elbing. Passenheims Festsäle, 10.
Mallm.-Sprottau Graf Waldersee, 4.

Mittwoch, 22. Februar:
Marienwerder. Treichel, Schäferei, 8.

Donnerstag, 23. Februar:
Blankenburg a. H. Vorwärts, Helsungerstraße, 8 Uhr.
Iserlohn-Letmathe. Marx, 7 Uhr.
Rombach. Wagner, Sackstr., halb 9.

Freitag, 24. Februar:
Neumünster. Herberge, halb 9 Uhr.

Samstag, 25. Februar:
Apolda. Vorwärts, halb 9 Uhr.
Arnstadt. Schwarzburger Hof, halb 9.
Aschaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Augsburg. Drei König, 8 Uhr.
Barmen-Elberfeld (Heizungsmont. u. Helfer). Volkshaus, Elberfeld, ½9.
Bremen (Elektr.). Gewerkschaftsh., 9.
Chemnitz (Elektrom.) Nordpol, ½9.
Coburg. Neue Welt, halb 9 Uhr.
Dortmund (Kesselschmiede, Schmiede u. verw. Berufe). Nieve, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.
Dortmund-Lünen. Strunk, halb 9.
Dortm.-Schwerte. Stamm, 8 Uhr.
Dortm.-Linna. Götz, Flügelstr. 8, ½9.
Eisenach (Former und Gießereiarbeiter). Loreley, halb 9 Uhr.
Gelsenkirchen-Ückendorf u. Umg. Eckermann, Ottilienstraße, 8 Uhr.
Glückstadt. Stadt Altona, halb 9.
Güstrow. Wiese, Grünerwinkel, ½9.
Hagen-Haspe. Jäger, halb 9 Uhr.
Hagen-Rückelhausen. Kuse, halb 9.
Hag.-Westerbauer. Alter Fritz, ½9.
Hameln-Gr. Berkel Zur Mühlen, ½9.
Iserlohn (Nadler). Zander, halb 9.
Kneuttingen. Deutsches Heim (J. P. Schanno) in Niloingen, 8 Uhr.
Lippstadt. Bötenkamp, halb 9 Uhr.
Lübeck. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Merseburg Kaiser Wilhelmshalle, ½9
Metz. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Neustadt a. H. Ammersee, halb 9.
Ravensburg-Weingarten. Zum Schützen, Weingarten, 8 Uhr.
Stendal-Tangerhütte. Holz, ½9.
Uerdingen. Weies, Niederstr., 9 Uhr.
Waltershausen-Friedrichroda. Funke in Friedrichroda, halb 9 Uhr.
Zeitz. Kämpfe, Schützenstr., 9 Uhr.

Sonntag, 26. Februar:
Ahlen (Westf.) Sandgathe, 8 Uhr.
Altötting. Alte Post, 10 Uhr.
Breslau. (Klemp.) Gewerkschaftsh. halb 11 Uhr.
Dortmund. (Heizungsmont. u. Helf.) Laufersik, Auf dem Berge, 11 Uhr.
Hannover (Heizgsm.) Gewerksch., 10.
M.-Gladb.-Viersen. Reichshalle, 10.
Reinstedt a. H. 3 Uhr.

Dienstag, 28. Februar:
Hannover (Bauschl.) Gewerksch., ½9.

Samstag, 4. März:
Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nitzenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.
Dresden (Grav. u. Ziisel.) Volkshaus, 9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin (Feilenhauer). Umschauen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei P. Lux, N.W., Sickingenstr. 54, Qu. 3. Sprechzeit von 6½ bis 8 Uhr abends. — Auszahlung des Lokalgeschenks bei Leitow, N., Liebenwalderstraße 4. Sprechzeit von 6½ bis 8 Uhr abends.

Dortmund-Hörde. (Vertrauensmännersitzung.) Sonntag, 26. Febr., nachm. 3 Uhr, bei Brücher.

Hannover-Linden. (Feilenarbeiter.) Umschauen ist verboten. Arbeitsnachweis im Bureau, Nikolaistraße 7. Lokalgeschenk bei W. Haase, Linden, Dreikreuzenstr. 2.

Nürnberg. Der paritätische Arbeitsnachweis der Graveure und Ziseleure von Nürnberg-Fürth befindet sich im Verbandsbureau, Hintere Karthäusergasse 14.

Gestorben.

Aachen. Edmund Clermont, Nadler, 67 Jahre, Brustvereiterung.
— Engelbert Schroiff, Nadler, 55 J., Lungenentzündung.
Gmünd (Schw.) Anton Baber, Graveur, 22 Jahre, Lungenleiden. (2)
Hanau. Johanna Grob, Polisseuse, 27 Jahre, Nierenleiden.
— Christina Knoth, Polisseuse, 20 Jahre, Lungenleiden.
Kattowitz. Rudolf Heimann, Anschläger, Lungenleiden.
— Albert Stachon, Former, Lungenl.

Privat-Anzeigen.

Tücht. Schleifer und **Polierer** (Nickel), nur gelernte Arbeiter, werden bei 40 Pfg. Mindest-Stundenlohn für gut bezahlte Akkordarbeit sofort gesucht. **C. Henry Hall Nachf.,** Carl Eichler, G. m. b. H., **Fürstenwalde a. Spree.**

Für sofort wird ein tüchtiger **Glasformendreher** bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht. Reise wird vergütet. Glasformenfabrik und Eisengießerei **Fritz Lessler, Hildburghausen i. Thüringen.**

Stabmacher u. Drahtflechter ges. f. dauernd **Karl Brückner, Darmstadt.**

Zwei tüchtige verheiratete **Geldgießergehilfen,** in allen Fächern erfahren, find. sofort dauernde Stellung. **Otto Büttner,** Gelbgieß. **Bautzen i. S.**

Zum baldigen Eintritt tüchtiger solid. **Feilenschleifer,** der auch feinere Schneidwaren schleifen kann, bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Verheirateter bevorzugt. **R. Wünsch, Bamberg,** Untere Mühlbrücke 1.

Maschinenhauer, Fromein 1, 3 ges.

Otto Löhner, Zella St. Blas.

Suche sofort einen tüchtigen **Handhauer,** und bitte um die Adresse des Feilenhauers **Rudolph Ziervogel.** Max **Pohle,** Feilenh., **Freiberg i. S.,** Domgasse 7.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röteistraße 16 B.